

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 1. Dezember 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

B 63a A Überarbeiteter Voranschlag 2026; Überarbeiteter Entwurf zum Entwurf gemäss Bericht B 63 vom 18. August 2025 - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2026 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die Kommission startete am Ende der letzten Session, am Dienstag, 21. Oktober 2025, zusammen mit dem Finanzdirektor mit der Definition des Auftrags. Der Rahmen des Einsparungsumfangs und der Prozess wurden bestimmt. Das Vorgehen wurde einstimmig gutgeheissen. Der Rat hat den Voranschlag 2026 im Oktober zurückgewiesen mit dem Auftrag der PFK: «Die Regierung hat den Voranschlag 2026 auf die Dezembersession 2025 zu überarbeiten. Im Budgetjahr 2026 soll im Bereich H0 das Ausgabenwachstum (Basis Budget 2025) grundsätzlich maximal dem Wirtschaftswachstum von 1,2% entsprechen. Auch in den Bereichen H1-H8 soll im Budgetjahr 2026 das Wirtschaftswachstum Basis für das Ausgabenwachstum bilden, wobei gebundene Ausgaben, mengenwachstumsbegründete Ausgabensteigerungen (proportional) und folgende politisch gewollte Ausgabensteigerungen die Ausnahme bilden: 1. Mobilitätsfinanzierung, 2. Standortförderung, 3. Ausbau Justiz und Polizei.» Die Grundlage für die Beratung des Voranschlags bilden die Botschaften B 63 und B 63 a. Am 11. November 2025 wurden das Präsidium und die Fraktionsleader durch den Finanzdirektor und Vertreter des Finanzdepartementes über den Vorschlag des bereinigten Budgets informiert. Im überarbeiteten Voranschlag wurde der Aufwand um 28,2 Millionen Franken gekürzt. Dazu wurden 83,2 Vollzeitstellen nicht besetzt. Insbesondere wurden Stellen im Bereich Digitalisierung reduziert und dieser somit Prozess verlangsamt. Weil die Veränderungen in den Globalbudgets auch Ertragsveränderungen auslösen können, wird das Budget effektiv um 19,6 Millionen Franken verbessert. Das führt zu einem betrieblichen Aufwand von 4 294,4 Mio. Betraglich bewegen sich die Reduktionen von 0,1 bis 10,7 Millionen Franken je Hauptaufgabe. Das Schlussergebnis wird so auf einen Gewinn von 7,6 Millionen Franken verbessert. Der Saldo des statistischen Ausgleichskontos, welches zur Deckung negativer Ergebnisse dient, steigt auf 1 579,6 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen von 308 Millionen Franken bleiben gleich und das Nettovermögen steigt auf 327,3 Millionen Franken. Die Kommissionssitzung begann in Anwesenheit der gesamten Regierung mit Ausführungen der einzelnen Departementsvorsteherinnen und -vorsteher. Anschliessend traten alle Fraktionen erneut auf die Vorlage ein. Alle vertraten das Ziel, bis Ende Jahr ein beschlossenes Budget zu haben. Das färbte auch auf die Voten ab. So fanden die meisten, die Regierung hätte die Aufgabe erfüllt, allerdings waren sie mässig zufrieden

und reklamierten aus ihrer Sicht wichtige unerfüllte Feinheiten. Sie betonten, der Voranschlag sei ein erster Schritt in die richtige Richtung und stellten weitere Diskussionen beim Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027–2030 in Aussicht. Über einzelne Kürzungen waren auch die Befürworter nicht glücklich. Die Minderheit der Mitglieder war unzufrieden und lehnte die Reduktionen ab. Sie kritisierte insbesondere das Ziel und das tiefere Tempo in der Digitalisierung. Die Beratungen sind rasch beschrieben: Die Mehrheit wollte den Vorschlag der Regierung nicht aufschnüren und lehnte alle Anträge, vor allem der Minderheit, ab. Eine vertiefte Diskussion wurde nicht geführt. In der Schlussabstimmung wurde dem Kantonsratsbeschluss und somit dem Voranschlag 2026, wie er aus den Beratungen der Botschaften B 63 und 63a hervorgegangen ist, mit 13 zu 4 Stimmen zugestimmt. Die PFK stimmte auch dem Steuerfuss 2026 von 1,45 Steuereinheiten mit 13 zu 4 Stimmen zu. Ich habe festgestellt, dass erneut ein Antrag auf 1,55 Einheiten vorliegt. Ich gehe davon aus, dass dieser nicht zur Diskussion steht, weil wir die Bereinigung bereits in der letzten Session vorgenommen haben. Ich bitte die Präsidentin klarzustellen, was gilt. Zum Schluss danke ich der Regierung und den Mitarbeitenden generell für ihre Arbeit und besonders für die zusätzliche Arbeit innerhalb kurzer Zeit. Letzteres wurde auch in der Kommission mehrfach gewürdigt. Den Kolleginnen und Kollegen der Kommission danke ich für die konstruktive Diskussion trotz der schwierigen Umstände. An die Adresse der Mitarbeitenden ist es mir ein Anliegen, dass die Kommission die hervorragende Arbeit jedes einzelnen würdigt und schätzt und kein Zusammenhang mit diesen Sparanstrengungen besteht. Der Entscheid begründet auf der Sorge der Mehrheit, die Ausgabenentwicklung zukünftig mit den Erträgen nicht mehr decken zu können und später mögliche Sparpakete zu vermeiden. Ich bitte den Rat, der Kommission in ihren Entscheiden zu folgen. Zu den einzelnen Anträgen nehme ich in der Detaildebatte Stellung.

Für die Mitte-Fraktion spricht Daniel Piazza.

Daniel Piazza: Die Mitte Kanton Luzern dankt dem Regierungsrat für die sorgfältige Überarbeitung des Voranschlags 2026. In der Oktobersession hat der Kantonsrat das Budget 2026 zur Überarbeitung zurückgewiesen und den Regierungsrat beauftragt, das Ausgabenwachstum zu reduzieren. Der Regierungsrat hat daraufhin eine Gesamtschau und gezielte Wachstumsreduktionen vorgenommen. Ganz im Sinn der gesetzlichen Grundlagen, wonach die Ausgabenpriorisierung in der Kompetenz des Regierungsrates liegt – anders als die Aufgabenpriorisierung. Diese Priorisierung des Regierungsrates war nötig. Wer in der aktuellen Lage erstens jede wünschenswerte Ausgabe umsetzen will und wer diese zweitens alle immer möglichst schnell umsetzen will, geht hohe bzw. höhere Risiken ein. Nicht alle Probleme kann man immer nur mit mehr Geld und mehr Stellen lösen. Mit dem überarbeiteten Budget hat der Regierungsrat einen vertretbaren Ausgleich gefunden, das Ausgabenwachstum gezielt an ein paar ausgewählten Orten zu reduzieren, ohne die langfristige Entwicklung in den Hauptaufgaben- und Aufgabenbereichen aus den Augen zu verlieren. Der Auftrag ist erfüllt: Statt eines Defizits von 12 Millionen Franken resultiert nun ein Überschuss von 7,6 Millionen Franken. Das Aufwandwachstum wurde von ursprünglich 6,9 Prozent auf 6,4 Prozent gedämpft und die Zahl der neuen Vollzeitstellen sinkt von 4,2 Prozent auf 2,7 Prozent. Es findet also immer noch ein Wachstum statt. In absoluten Zahlen gesprochen: Die geplanten Mehrausgaben im Budgetjahr 2026 wurden von zusätzlichen 394 Millionen Franken auf zusätzliche 374 Millionen Franken reduziert – bei einem Ausgabentotal von 4,32 Milliarden Franken. Statt 234 neue Vollzeitstellen sind nach der Überarbeitung für 2026 noch 151 vorgesehen – total verfügt die Luzerner Kantonsverwaltung im Jahr 2026 über 5673 Stellen. Diese überarbeiteten Zahlen sind immer noch hoch, aber im Wachstumskanton Luzern für 2026 noch einmal vertretbar. Dass wir uns

dieses Ausgabenwachstum von 374 Millionen Franken von einem zum nächsten Jahr überhaupt leisten können, ist nachweislich der Erfolg der soliden bürgerlichen Finanz-, Steuer- und Standortförderungs politik, wie sie die Mitte zusammen mit der FDP und der SVP seit mittlerweile über 20 Jahren verfolgt. Unser Kanton steht in der Mitte der 2020er-Jahre finanziell ausgezeichnet da – und hat dieses Jahr von Ratingagenturen nun sogar ein «Triple-A» (AAA) erhalten. Das ist eine Bonitäts-Beurteilung auf weltbestem Niveau – besser geht es nicht. Das in einem Kontext, wo sich viele andere Kantone nach der Decke strecken müssen. Gleich mehrere Kantone müssen aktuell sogar Sparpakete schnüren. Aber wie wir auch schon festgehalten haben: Die grössten Fehler macht man häufig dann, wenn es einem gut geht. Man darf nicht übermütig werden. So müssen wir – gerade, weil es Luzern vergleichsweise gut geht – künftig in den Jahren ab 2027 zurückhaltender sein mit den Ausgaben. Der öffentliche Sektor wächst seit 2020 deutlich stärker als der private Sektor. Mit Blick auf 2026 wächst die Kantonsverwaltung wie erwähnt 6,4 Prozent ausgabenseitig, der private Sektor wächst im Jahr 2026 voraussichtlich 1 bis 1,5 Prozent. Wir haben den Wert für die Ausgaben der Kantonsverwaltung für die Jahre 2020 bis 2025 berechnet. Der Anteil der Kernverwaltung des Kantons Luzern ist von 11,1 Prozent im Jahr 2020 auf 12,5 Prozent im Jahr 2025 gestiegen. Aktuell wird also ziemlich genau jeder achte Franken, der im Kanton Luzern ausgegeben wird, von der Kantonsverwaltung ausgegeben, sprich, darüber entscheidet unser Rat. Was in den guten Zeiten, in denen wir aktuell stecken, bislang gut ging, erscheint vor dem Hintergrund globaler und konjunktureller Unsicherheiten zunehmend riskant. Allein die US-Zölle haben zum Beispiel dazu geführt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 3. Quartal dieses Jahres um 0,5 Prozent gesunken ist. Auch die Arbeitslosigkeit steigt seit rund zwei Jahren kontinuierlich an. So lag die Arbeitslosigkeit im Kanton Luzern im Oktober 2023 noch bei 1,1 Prozent, im Oktober 2025 bei 2 Prozent, also fast doppelt so hoch. Im Moment stützt der Konsum der Privaten die Konjunktur. Aber die Ausgangslage wirkt nicht nur bezüglich der Konjunktur fragil. Wie geht es mit dem Krieg in der Ukraine weiter? Wie geht es mit der OECD-Steuergesetzrevision weiter? Was bedeutet die Einführung der Gesundheitsfinanzierungsreform EFAS für unseren Finanzhaushalt? Usw. Aus unserer Sicht braucht es eine massvollere Ausgabenpolitik, ganz nach dem Motto: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not.» Oder anders gesagt: Jetzt ist es an der Zeit, zurückhaltendere Ausgaben zu tätigen. Denn es gilt immer im Hinterkopf zu halten, wie wir uns darauf vorbereiten, wenn die Einnahmen nicht im erwarteten Rahmen fliessen. Wir erinnern uns an die Information der Regierung im AFP 2026–2029: «Das Gesamtrisiko für den Voranschlag 2026 beträgt 113 Millionen Franken – das heisst es besteht eine Wahrscheinlichkeit, dass Mindereinnahmen in dieser Höhe drohen.» Ist es möglich, dass dieser schlechte Fall eintritt? Wir wissen es nicht. Wir hoffen es nicht. Ist es unmöglich, dass dieser schlechte Fall eintritt? Nein. Die Regierung hat mit der Überarbeitung gezeigt, dass sie dem zentralen finanzpolitischen Anliegen nach mehr Sicherheit Rechnung tragen kann. Das bewährte Rezept einer massvolleren und zurückhaltenderen Ausgabenplanung gilt es auch in Zukunft fortzuführen. Das ist die Erwartung der Mitte-Fraktion. Verantwortungsvolle Finanzpolitik ist eine gemeinsame Aufgabe von Regierung und Parlament. Die Rückweisung in der Oktober-Session war in diesem Zusammenhang richtig und wichtig. Was wir nun mit dem überarbeiteten Voranschlag 2026 sehen, zeigt zudem auch, dass das Zusammenspiel funktioniert. Bei Unternehmungen und auch im Staat spricht man von Checks and Balances, zu Deutsch Kontrollieren und Ausbalancieren. Gemeint ist entsprechend ein System, in welchem man sich gegenseitig kontrolliert und ausbalanciert, um möglichst gute Lösungen zu finden. Das sehen wir hier im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Voranschlags 2026. Die Mitte ist für Eintreten und steht geschlossen hinter dem überarbeiteten

Voranschlag 2026, wie ihn der Regierungsrat vorlegt, denn dieser setzt damit ein wichtiges Zeichen für das Einläuten einer zurückhaltenderen Ausgabenpolitik des Kantons Luzern. Vor diesem Hintergrund halten wir mit Blick auf die Detailberatung folgendes fest: Die Mitte-Fraktion wird zu Antrag 6 (Digitalisierung), zu Antrag 8 (Standardisierung Schulliegenschaftskosten), zum Paket der Anträge 10 und 11 (Klassenlehrperson Entschädigung an Berufsfachschulen) sowie zu Antrag 17 (Förderung Klima und Energie) sprechen. In diesen Bereichen haben wir entweder in der Vergangenheit Vorstösse eingereicht, die wir erwähnen möchten – oder wir reichen in diesem Zusammenhang Vorstösse in der laufenden Session ein bzw. tragen Vorstösse mit, die an dieser Session eingereicht werden. Diese möchten wir unsererseits kommentieren. Zu den anderen Anträgen sprechen wir von Mitte-Fraktion jetzt, im Rahmen des Eintretens. Wir werden uns in der Detailberatung nicht weiter dazu äussern. Denn alle diese Anträge beinhalten eine Veränderung von Globalbudgets, die wir nicht unterstützen. Nun zu den Anträgen: Die Anträge 1 bis 5 beinhalten Globalbudgetveränderungen, die einen Bezug zum Hauptaufgabenbereich H0 – Allgemeine Verwaltung haben. Diesbezüglich verweisen wir auf den Teil des Rückweisungsantrags, der bei den Stabsleistungen und Stabsstellen eine Reduktion des Kostenwachstums verlangte. Dies hat der Regierungsrat antragsgemäss umgesetzt. Im Hauptaufgabenbereich H0 lag das Budget 2025 bei 174 Millionen Franken, wurde in der ersten Version des Voranschlags auf 198 Millionen Franken erhöht und im überarbeiteten Voranschlag um 5 Millionen Franken auf 193 Millionen Franken reduziert. Das Budget H0 steigt also von 2025 auf 2026 immer noch um 19 Millionen Franken, das Kostenwachstum wurde einfach um 5 Millionen Franken reduziert. Wir sind damit einverstanden, dass die Mehrausgaben im Bereich der Stäbe etwas zurückgenommen wurden, diese waren uns zuvor zu hoch. Die Anträge 7 und 9 betreffen den Hauptaufgabenbereich H2 – Bildung. Antrag 7 betrifft den Volksschulbildungsbereich. Dort lag das Budget 2025 bei 540 Millionen Franken, sollte gemäss erster Version des Voranschlags auf 561 Millionen Franken erhöht werden und liegt nun unter Bereinigung der Abfederungszahlung der tieferen Pro-Kopf-Beiträge an die Gemeinden bei 559 Millionen Franken. Das sind immer noch 19 Millionen Franken mehr für die Volksschulbildung oder anders gesagt eine Budgeterhöhung von 4 Prozent. Wir möchten betonen, dass alle Budgets erhöht wurden, falls in der Detailberatung der Eindruck entstehen könnte, dass etwas gestrichen wurde. Antrag 9 zum Aufgabenbereich Berufs- und Weiterbildung: Auch dort wurde eine Erhöhung des Budgets von 3 Millionen Franken von 147 auf 150 Millionen Franken eingestellt. Wir tragen diese Priorisierung des Regierungsrates mit. Ursprünglich war eine Erhöhung von 9 Millionen Franken vorgesehen. Auch das ist für uns plausibel begründet. Die Anträge 12 bis 16 sowie 18 beinhalten Anpassungen von Globalbudgets, die wir aus den genannten Gründen ablehnen. In den Fachkommissionen, aber auch in der PFK, hat man sich mit den Priorisierungen und den entsprechenden Begründungen des Regierungsrates befasst. Diese sind für uns vertretbar. Die in den Anträgen 13 bis 16 angesprochenen Aufgabenbereiche wachsen auch nach der Überarbeitung der Budgets 2026 gegenüber dem Vorjahr 2025, konkret: Der Aufgabenbereich Gesundheit von 488 auf 506 Millionen Franken, also plus 18 Millionen Franken bzw. plus 3 Prozent. Ein so deutlicher Ausbau, wie zur Luzerner Psychiatrie (Lups) gefordert, gehört in die ordentliche Planung, deshalb lehnen wir diesen ab. Im Aufgabenbereich Soziales und Gesellschaft steigt das Budget von 42 auf 46 Millionen Franken, also plus 4 Millionen Franken bzw. plus 10 Prozent. Im Aufgabenbereich Sozialversicherungen sind wir einverstanden mit der mit den Gemeinden abgestimmten Erhöhung des Budgets um 3, 8 Millionen Franken. Zusätzliche 5 Millionen Franken einzustellen – wie es der Antrag fordert – unterstützen wir nicht, da dies mit den Gemeinden

nicht besprochen wurde. Das müsste zuerst erfolgen. Im Aufgabenbereich Wirtschaft ist am Luzerner Innovationsbeitrag (LIB) festzuhalten, das ist für die Standortattraktivität von Luzern wichtig. Wir verweisen dabei auf Botschaft B 65. Wie erwähnt steht die Mitte-Fraktion zum überarbeiteten Voranschlag des Regierungsrates, den er auf Basis einer Gesamtschau priorisiert hat und lehnt alle Anträge ab, die eine Erhöhung oder Reduktion von Globalbudgets beinhalten. Die Mitte tritt auf die Botschaft B 63a ein.

Für die SVP-Fraktion spricht Reto Frank.

Reto Frank: Der in der Oktober-Session erteilte Auftrag des Kantonsrates an die Regierung war klar und deutlich: Die Ausgaben der Verwaltung auf ein Niveau von nicht höher als 1,2 Prozent des Wirtschaftswachstums zu senken. Das wären für den kantonalen Haushalt aktuell 30,2 Millionen Franken und nicht wie geliefert nur 28,2 Millionen Franken. Der Auftrag wurde von der Regierung somit nicht erfüllt. Wir anerkennen aber auch, dass es in dieser knappen Zeit schwierig war, in einer Abteilung Positionen für Kürzungen zu finden. Das ist gut nachvollziehbar. Bei näherer Betrachtung der Kürzungsvorschläge stellt man allerdings auch fest, dass weniger an der Substanz als viel mehr an den Planzahlen gekürzt wurde. Die SVP-Fraktion hätte aber von der Regierung mehr erwartet, als dass sie geliefert hat. Wie geht es aus Sicht der SVP-Fraktion weiter? Wir wollen keinen budgetlosen Zustand. Die SVP will, dass ab nächstem Jahr die Ausgaben für das Budget 2027, auch mit Blick auf die Planjahre, insbesondere im Personalbereich reduziert werden und die Effizienz der Verwaltungsabläufe stark erhöht wird. Die SVP wird die im Rahmen der Intervention zum Voranschlag 2026 eruierte Ausgabenpositionen mit hohem Sparpotenzial benennen und im nächsten Jahr dem Kantonsrat entsprechend weitere Ausgabenkürzungen beantragen. In diesem Sinn will die SVP, dass der Regierungsrat die Planungen im kommenden AFP 2027–2030 entsprechend anpassen soll. Wie in der Oktober-Session anhand der Zahlen des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) von uns aufgezeigt wurde, kommen wohl schwierigere Zeiten auf uns zu, auf die wir uns schon heute einstellen und entsprechend handeln müssen. Die seit dem Jahr 2000 abgebauten Schulden von über 2500 Millionen Franken sind in der Zwischenzeit dank der bürgerlichen Finanzpolitik zu einem kleinen Vermögen angewachsen. Dieses soll weiterhin für werterhaltende Ausgaben zugunsten der Luzerner Bevölkerung sorgfältig und nachhaltig investiert werden. Zudem sollen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen des Kantons Luzern ab dem Jahr 2026 mit einer Steuersenkung in der Höhe von 1/10 auf 1,45 Steuereinheiten entsprechend entlastet werden. Alle Anträge zum Voranschlag lehnt die SVP-Fraktion ab, Diskussionen wird es wenige bis keine geben. Wir wollen das von der Regierung geschnürte Paket nicht öffnen. Zur Anfrage A 560 von Simone Brunner ist zu sagen, dass durch die Intervention der SVP zusammen mit den bürgerlichen Parteien betreffend AFP 2026–2029 und dem Voranschlag 2026 effektiv nicht wirklich ein Leistungsabbau vorgenommen wurde, wie eingangs bereits erwähnt. Es wurde nicht gespart, sondern vielmehr wurden von der Regierung geplante Ausgaben gezielt reduziert. Es wurden aber sehr wohl Ausgaben in angemessener Höhe zugelassen, die für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen im Kanton Luzern einen hohen Nutzen und Sicherheit bringen. Auch können weiterhin hohe Investitionen in Infrastruktur getätigt werden. Für die Verwaltung wird ein jährliches Ausgabenwachstum bis maximum 1,2 Prozent des Wirtschaftswachstums zugelassen. Zudem werden nicht beeinflussbare Eingaben vom Bruttoreduktionsziel ausgenommen. Die Rückweisung des AFP 2026–2029 und dem Budget 2026 war, wie sich zeigt, gerechtfertigt und sinnvoll. Die SVP-Fraktion tritt auf die Botschaft B 63a ein und genehmigt den revidierten Voranschlag 2026 mit einem Steuerfuss von 1,45 Einheiten.

Für die FDP-Fraktion spricht Andreas Bärtschi.

Andreas Bärtschi: Wir beraten heute erneut über den Voranschlag 2026, nachdem der Kantonsrat diesen zurückgewiesen hat, um das Ausgabenwachstum zu bremsen und eine solide finanzpolitische Grundlage zu schaffen. Die FDP-Fraktion anerkennt, dass der Regierungsrat auf diesen Auftrag reagiert und gewisse Korrekturen vorgenommen hat. Die Reduktion des Aufwand- und Personalwachstums um rund 30 Millionen Franken ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es bleibt nur ein erster Schritt. Gewisse Kernprobleme bleiben bestehen. In der Vorberatung haben wir klar aufgezeigt, dass ein Teil der angeblichen Kürzungen in Wahrheit lediglich aktualisierte Budgetzahlen sind. Wenn zum Beispiel im Gesundheitsbereich 4 Millionen Franken reduziert werden, weil neuere Budgetzahlen vorliegen, dann ist das keine politisch herbeigeführte Reduktion des Ausgabenwachstums, dies wäre ohnehin passiert. Gleiches gilt für den Asyl- und Flüchtlingsbereich, wo geringere Fallzahlen automatisch zu tieferen Kosten führen. Wir haben in der AFP-Debatte in der Oktober-Session deutlich gemacht: Regierungsrat und Kantonsrat müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen und die Ausgabenentwicklung strukturell dämpfen. Wir wollen keinen Kanton, der in guten Jahren ungebremst wächst und in schwierigen Jahren schmerzhaft Sparpakete schnüren muss. Wer heute klare Prioritäten setzt, verhindert morgen einschneidende Massnahmen. Das heute vorliegende Budget ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht der Zielzustand. Entscheidend ist, dass wir jetzt nicht stehenbleiben. Der Regierungsrat ist gefordert, im nächsten AFP die politisch gewollten Wachstumsziele endlich sichtbar und verbindlich umzusetzen, damit eine Priorisierung nicht nur angekündigt, sondern gelebt wird. Für uns ist klar, dass jeder hart erarbeitete Steuerfranken wirksam eingesetzt werden und der Bevölkerung zugutekommen soll, die jeden Morgen den Wecker stellt, die Verantwortung übernimmt und unser Gemeinwesen trägt. Die FDP-Fraktion wird sich heute gewohnt konsequent verhalten. Wir treten auf die Botschaft B 63a ein und tragen den Voranschlag, wie er aus der Regierung kommt, mit. Die Kommissionsarbeit haben wir in den Fachkommissionen geleistet. Aus diesem Grund werden wir uns nicht zu den eingereichten Anträgen äussern und diese ablehnen. Dem vorgeschlagenen Steuerfuss von 1,45 Einheiten stimmen wir zu. Wenn wir heute konsequent sind, schaffen wir die Grundlagen, damit Luzern auch in Zukunft investieren kann, in unsere Sicherheit, in eine zukunftsorientierte Mobilität, in eine Bildung, die Chancengleichheit garantiert und in die Standortattraktivität und Lebensqualität unseres schönen Kantons.

Für die SP-Fraktion spricht Priska Fleischlin.

Priska Fleischlin: Was für eine absurde Situation: Der Kanton Luzern schliesst Jahr und Jahr gut ab, die Wirtschaft brummt, wie man so schön sagt und wir müssen uns hier im Rat fusslig darüber reden, um die geplanten Schwerpunktthemen unseres Rates und aus dem AFP, wie die gute psychiatrische Versorgung und die Reduktion der Wartezeit oder auch die Digitalisierung retten zu können. Wie absurd, dass die für das Jahr 2026 geplanten 110 Millionen Franken für die Wirtschaftsförderung nicht angerührt wurden, aber wir heute zum dritten Mal einen Antrag zur Stärkung der Luzerner Psychiatrie stellen müssen. Das Budget wurde an Orten gekürzt, welche die Bevölkerung schmerzen werden. Die SP-Fraktion wird eine Reihe von Anträgen vorstellen. Wieso? Wir haben in der Vorbereitung für die AFP-Debatte die Kommissionsarbeit genutzt, um gezielte Anträge zur Stärkung der Tätigkeiten rund um die Klimaveränderung, zum erhöhten Bedarf an psychiatrischer Versorgung und zur Umsetzung der hier vereinbarten Strategien umzusetzen. Wichtige Themen brachten wir in der PFK ein und jetzt nochmals im Rat. Was Sie also heute sehen, ist ein Destillat davon, was im Voranschlag 2026 dringend eingebunden werden muss. Es scheint mir an der Zeit, dass wir die Art der Politik und des Kräftemessens hier im Rat beenden und mehr Dialog und Kompromisse anstreben, denn das sind politische Errungenschaften. Zum

Aufwärmen in diese Debatte über den Voranschlag folgend drei gedankliche Anregungen: Fehlplanung und künstliche Verknappung: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat die Kantonsfinanzierung untersucht und festgestellt, dass jährlich rund 2,4 Milliarden Franken zu wenig budgetiert werden. Das kennen wir bestens aus dem Kanton Luzern. Seit acht Jahren hören wir oft schon bei der ersten Hochrechnung, dass das Jahr nicht mit einem Defizit, sondern mit einem Überschuss abschliessen wird. Aktuell sprechen wir von über 280 Millionen Franken Überschuss. Eine künstliche Verknappung von vorhandenen Ressourcen ist eine finanzpolitische Folterung der Gesellschaft und der Natur. Jegliches Lob, dass nun endlich mal kein Defizit budgetiert wurde, blendet also aus, dass wir seit acht Jahren ein Minus budgetieren, obwohl wir Überschüsse haben. Wenn Sie klagen, dass die Ausgaben steigen, dann müssen Sie sich im Klaren sein, dass wir in den 2020er-Jahren die Sparrunden aus den 2010er-Jahren aufholen mussten. Klar sind die Ausgaben höher und dieses Selbstlob der bürgerlichen Politik ist etwas ermüdend, schliesslich vertreten wir von der SP-Fraktion die Anliegen der Bevölkerung und der Natur, welche Sie, wenn es ums Geld geht, regelmässig vergessen. Finanzen über Fachwissen: Die aktuellen Machtverhältnisse zeigen vor allem eines: Sie übersteuern die Fachkommissionen. Der überarbeitete Voranschlag erschreckt aber noch in einem anderen Bereich. Sicher ist das nicht in allen Departementen so, doch uns liegen Angaben vor, dass in manchen Departementen massive Überstunden geleistet, aber nicht vergütet werden. Die Kürzungen wurden teilweise so dargestellt, als ob sie gut machbar sind. Bei so einem grossen Budget und Betrieb wie dem Kanton lässt sich sicherlich einiges intern verschieben. Nur, was heisst das konkret für das Personal und die beteiligten Organisationen wie das Spital und die Psychiatrie? Die Digitalisierung wird nochmals verzögert, der Stand der Digitalisierung ist in der Verwaltung erschreckend tief und zeigt, dass der Kanton der eignen Bevölkerung und den Unternehmen hinterherhinkt und fast schon das leicht peinliche Schlusslicht übernimmt. Geschätzte FDP, ich verstehe nicht, wie Sie die Digitalisierungsinitiative der Jungfreisinnigen unterstützen können, aber das beim Abstimmen hier im Rat vergessen und Sie Ihre eigenen Kolleginnen und Kollegen nicht unterstützen. Zusammenarbeit: Die Entwicklung beim Thema Zusammenarbeit hat einen kritischen Punkt sichtbar gemacht, nämlich, dass wir dringend mehr Verbindlichkeit brauchen. Es ist doch sehr schwierig, wenn politische Schwerpunkte nicht einmal jetzt umgesetzt werden, in den finanziell guten Jahren. Wir wünschen uns von den einzelnen Parteimitgliedern eine engere Zusammenarbeit zwischen den Fachkommissionen und der PFK. So können wir die Entscheide unseres Rates auch tatsächlich umsetzen. Wir müssen mehr aufeinander zugehen. Das gilt aber auch für die Zusammenarbeit der Regierung. Es stellt sich die Frage, ob in einigen Departementen überdimensional budgetiert wurde, sodass andere Departemente nun die Folgen der Kürzungen auf unfaire Weise mittragen müssen. Zum Schluss noch dies: Diese Kürzungen rächen sich Stück für Stück, weil sie die Bevölkerung schwächen und die Innovationskraft bremsen. Wenn Sie die Wirtschaft wirklich stärken wollen, dann helfen Sie mit, die Grundlagen zu schaffen, um die psychischen Krankheitszeiten zu verkürzen, Armutsfallen aufzuheben und eine gesunde Natur zu fördern. Eine gesunde Finanzplanung basiert auf sozialen und ökologischen Zielen und auf Fakten, die wiederum zu guten Wirtschaftszielen führen. Wir müssen uns verändern, um eine Finanzplanung zu erhalten, welche die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Natur echt und umsetzbar darstellt. Das BIP zeigt dies nicht, aber das Leben. So ist mein letzter Wunsch in dieser Rede, dass Sie bei den kommenden Anträgen nochmals gut zuhören und da und dort von der harten Gangart abweichen und uns entgegenkommen. Wenn die Anträge nicht angenommen werden, sehen wir uns gezwungen, den Voranschlag 2026 abzulehnen.

Für die Grüne Fraktion spricht Fabrizio Misticoni.

Fabrizio Misticoni: «Die ich rief, die Geister Wird ich nun nicht los.» Kürzungen wurden gefordert, Kürzungen gab es, gezielt und wie gewünscht, sind sie es aber eher nicht, man hat es gehört, aber trotzdem will man sie jetzt ohne grosse Diskussion akzeptieren, das Paket nicht aufschnüren. Es wurde in der letzten Session prophezeit: Wenn Sie das mengengetriebene Wachstum ausnehmen, wenn Sie die grosse Summe bei der Standortförderung herausnehmen, wenn Sie die drei Ausnahmen dazunehmen, in der Ratsdebatte keine Klarheit schaffen können, nicht klar benennen können oder wollen, was politisch gewollt ist und was Sie eigentlich gerne gekürzt hätten, ja dann bleibt nicht viel an Stellenwachstum, das man kürzen könnte. Dann übergibt man der Regierung einen generellen und vor allem kurzfristigen Kürzungsauftrag mit ungewissem Ausgang. Indem Sie ziemlich einseitige Ausnahmen aufführten, gleichzeitig einen Prozentwert einführten, dessen Auswirkung auf die verschiedenen Hauptaufgaben Sie aber nicht vollends ausgerechnet haben, liegt nun dieses überarbeitete Budget vor. Ob das Resultat dieser aufwendigen Übung für Regierung und Verwaltung den Aufwand rechtfertigt, müssen Sie selbst beurteilen. Und ob das Resultat Ihren ursprünglichen Absichten entspricht, wage ich sehr zu bezweifeln. Das Resultat ist aus unserer Sicht zum einen inhaltlich sehr schmerzhaft, aber auch politisch höchst unbefriedigend, ja geradezu bedenklich. Aus Sicht des Parlaments ist es politisch bedenklich, dass die Regierung Ihren Kürzungsauftrag als Einladung nahm – und das ist mir wichtig –, besser gesagt nehmen konnte, weil man es ihr mit der Formulierung ermöglicht hat. Sie konnte ihn als Einladung nehmen, um Entscheide des Kantonsrates, die vorherige Entscheide der Regierung korrigiert haben, nun einfach wieder zurechtstutzen zu können. Ein Beispiel sind die Pro-Kopf-Beträge an die Gemeinden im Bereich Volksschule, bei den Liegenschaften. Das Parlament hat in der letzten Session mit einer Bemerkung die Vorgehensweise, die Entscheidung und somit die Budgetierungen des Regierungsrates mit grosser Mehrheit korrigiert. Das bleibt aber nun so. Gleiches beim Klimafonds, über drei Jahre musste die Regierung mit Bemerkungen aufgefordert werden, endlich die drei Motionen umzusetzen. In einem weiteren Schritt musste das Parlament die geforderte Summe nochmals einfordern und erhöhen. Und jetzt kann dieser Fonds einfach um zwei Drittel gekürzt werden, ohne grosse Gegenwehr? Sie werden jetzt entgegen, es seien ja für beide Anliegen Postulate eingereicht worden. Aber Hand aufs Herz, weshalb braucht es diese Postulate überhaupt? Wieso nehmen Sie nicht den direkten Weg und unterstützen die vorliegenden Anträge zum Budget? Das wäre doch ein konkretes Statement. Was bleibt nach all den markigen Worten an der letzten Session, über das unkontrollierte Wachstum der Verwaltung? Nur, um nicht das Gesicht zu verlieren und immerhin etwas Gespartes vorweisen zu können, können sie jetzt nicht mehr zum Klimafonds in der ursprünglichen Höhe stehen. Oder Sie vergessen Ihr Commitment den Gemeinden gegenüber, das nicht einmal ein Monat her ist. Sie sind gemäss Ihren Eintretensvoten einigermaßen zufrieden, der Auftrag wurde erfüllt, ein kleines Zeichen wurde gesetzt, endlich haben wir wieder eine solide Finanzpolitik. Wir verstehen zwar nicht, wie man zufrieden sein kann, aber dass Sie zufrieden sein müssen, das verstehen wir schon. Denn eingestehen, dass das Resultat eventuell nicht so herauskam, wie es angedacht war, das ist schwer. Und offensichtlich fehlt die politische Kraft, hier und jetzt in dieser Debatte, um die Verantwortung zu übernehmen und konkret zu werden, was geändert werden müsste. Der Präsident der PFK hat es ja auch konstatiert, es bestand kein Bedarf nach einer vertieften Diskussion seitens der Auftraggeber. Ich habe gehört, man hätte die Kommissionsarbeit bereits gemacht. Die Diskussion in einer Kommission im Prinzip nicht zu führen, kann man wohl kaum als Kommissionsarbeit gelten lassen. Nun, wir sind überhaupt nicht zufrieden. Der Kürzungsauftrag hat aus unserer Sicht mindestens fünf Opfer gefunden: Das Klima, die Digitalisierung, die Bildung, die Gemeinden und nicht zuletzt auch

unser Parlament. Dass Sie die Kürzung des Klimafonds einfach akzeptieren, der vom Parlament mehrfach gefordert und von der Regierung seit Beginn bekämpft wurde, habe ich ja bereits ausführlich dargelegt. Noch unerwähnt blieb, dass Sie sehenden Auges in Kauf nehmen, dass der Kanton Luzern beim Zukunftsthema Digitalisierung ausgebremst wird. Sie fordern eine effiziente Verwaltung, Sie fordern schnellere, digitale Bau- und Planungsverfahren, gehen aber davon aus, dass das mit den bestehenden Ressourcen geleistet werden soll. Über den Sinneswandel innerhalb eines Monats, in Bezug auf die Pro-Kopf-Beiträge bei den Standardkosten für Liegenschaften bzw. die Entschädigung der Gemeinden, habe ich ja bereits gesprochen. Im Bereich Bildung geht es aber noch weiter. Sie lassen zu, dass die seit Langem versprochene und absolut angemessene Entlastung von Klassenlehrpersonen an Berufsschulen einfach so gestrichen wird. Und dass zudem bei Bildungsgutscheinen für finanziell schlechter gestellte Menschen auch gekürzt wird, das lässt Sie völlig kalt. Dabei wäre das zum einen ein Beitrag an die Chancengerechtigkeit und das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung und vor allem eine perfekte Investition in Bildungskarrieren, die sich langfristig auch für den Kanton bzw. die Volkswirtschaft des Kantons auszahlen würden. Und wie schwächt Ihr Kürzungsauftrag bzw. Ihr Unwillen, den Entwurf der Regierung auch nur vertieft zu diskutieren, nun unser Parlament? Es geht nicht um die politischen Dimensionen. Nein, ich meine die Kürzungen bei der Staatskanzlei und bei der Finanzkontrolle. Sie lassen zu, dass bei Stellen gekürzt wird, die für uns als Parlament wirken, die uns in unserer Arbeit mit beispielsweise wichtigen IT-Audits unterstützen. Sie sprechen vom wichtigen Prinzip von «Checks and Balances», aber damit wir als Milizparlament wirklich checken können, müssten diese Stellen, die als unser verlängerter Arm dienen und uns unterstützen, heute aber schon massiv Überstunden anhäufen, nicht zurückgebunden, sondern weiterentwickelt werden. Ich bin sicher, Sie wünschen sich heute, so sehnsüchtig wie schon lange nicht mehr, dass die Debatte bald endet und es bald fertig ist. Sie werden alle Anträge ablehnen, sich wenig dazu äussern und hoffen einfach, dass dieser Kelch schnell an ihnen vorbeigeht. Wir haben entsprechende Anträge gestellt, die aus unserer Sicht korrigiert werden müssten, um diesem Budget zustimmen zu können. Ich komme zum Fazit: Ohne wirkliche Not und eher als Symbolhandlung hat man einen Prozess angestossen, als Parlament aus der Hand gegeben und findet nun aber nicht die Kraft oder den Willen, um einzugreifen und muss nun genau wie Goethes Zauberlehrling feststellen: «Herr, die Not ist gross! Die ich rief, die Geister Wird ich nun nicht los.»

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser.

Claudia Huser: 40 Tage. Wie bereits im Eintreten in der Oktober-Session gesagt, haben wir die Regierung und die Verwaltung zu einer Fastenzeit verknurrt. Dass wir unser Kostenwachstum grundsätzlich langfristig und strukturell minimieren müssen, das unterstützt die GLP-Fraktion nach wie vor. Was wir nun aber vor uns haben, entspricht leider nicht unseren Erwartungen. In der Oktobersession haben wir uns bewusst enthalten, als der Rückweisungsantrag beraten wurde. Der Antrag im AFP, der die willkürliche Liste der sogenannt geschützten Themenbereichen enthielt und mit dem Satz der politisch gewollten Ausgaben, die nicht angetastet werden dürfen, abgerundet war. Jetzt sind wir hier mit dem 2. Voranschlag, der 2. Beratung rund 40 Tage, die Fastenzeit sollte also um sein oder beginnt erst richtig. Das, was hier vorliegt, ist gemäss der Mitte-Fraktion gut, die SVP-Fraktion hätte mehr erwartet und die FDP-Fraktion schliesst mit halber Zufriedenheit. Alles in allem sind 1,5 von sechs Parteien zufrieden, also rund 43 von 120 Ratsmitgliedern. Das sagt doch alles. Auch nach Ihren Eintretensvoten verstehen wir es immer noch nicht: Was haben wir erreicht? Denn aus unserer Sicht haben sich die drei grossen Parteien FDP, Mitte und SVP, die hier die Mehrheit stellen, klar aus der Verantwortung gezogen. Nein noch mehr, Sie haben das Heft

aus der Hand gegeben. Klar, man kann sagen, dass wir das Kostenwachstum um sage und schreibe 0,6 Prozent auf 7,6 statt 8,2 Prozent kürzen konnten. Aber leider sind diese 0,6 Prozent nicht einmal nachhaltig. Die Regierung schlägt uns quergebete Kürzungen vor, aber auf Ihren Auftrag, das Kostenwachstum zu bremsen, ist sie nicht wirklich eingegangen. Dieser Effekt besteht aus Verschiebungen, Verzögerungen von Einstellungen, ja es wurde sogar zugegeben, dass es bei den Mitarbeitenden wohl zu mehr Überstunden kommen wird – und die sind auch nicht gratis. Wir verstehen nicht, wie dabei gespart werden soll. Zudem wurde explizit erwähnt, dass gewisse Aufgaben, beispielsweise der Bereich Künstliche Intelligenz (KI), nicht abgebaut, sondern nur verschoben werden. Die Zahlen wurden nach unten korrigiert, weil aktuellere Prognosen vorhanden sind. Sind wir also froh, dass die aktuellen Zahlen tiefer sind. Aber das ist doch keine Priorisierung, sondern nur eine Senkung um 0,6 Prozent. Wo hier das Kostenwachstum nachhaltig und strukturell gebremst wird, ist aus unserer Sicht schwer erkennbar. Wir glauben sogar eher, dass wir durch diese Korrekturen nächstes Jahr eher mehr von den unliebsamen Nachtragskrediten haben und damit wird das Bremsen des Kostenwachstums in den kommenden Jahren nur noch herausfordernder. Liebe drei grosse Parteien: Sie haben den Auftrag erteilt, das ist ihr Recht, aber dann setzen Sie das künftig mit konkreten Aufträgen und im Bewusstsein Ihrer Verantwortung um. Die Verantwortung und das Steuer haben Sie dieses Mal abgegeben, das veranschaulicht die Botschaft B 63a klar. Bitte lassen Sie so etwas künftig nicht mehr zu, Sie haben es in der Hand. Wie geht es weiter? Die GLP-Fraktion steht für enkeltaugliche Politik: Wir wollen den künftigen Generationen weder finanziell noch ökologisch Schuldenberge hinterlassen. Mit dieser Übung sind wir dem leider keinen Schritt näher gekommen. Wie dem auch sei, die GLP will das Kostenwachstum bremsen und bietet deshalb Hand. Aber seien wir ehrlich, wenn wir das Kostenwachstum nachhaltig bremsen wollen, dann müssen wir auf Leistungen verzichten und ehrlich priorisieren und nicht einfach verschieben. Dies wahrscheinlich auch bei Themen, wo man danach nicht mehr everybody's darling ist oder bleibt. Wir müssen Farbe bekennen. Wir alle, die das Kostenwachstum ehrlich und nachhaltig bremsen wollen, werden also nicht darum herum kommen, Farbe zu bekennen und können die heisse Kartoffel nicht einfach weiter an die Regierung reichen. Im Hier und Jetzt ist das leider nicht geglückt, aber das ist nun so und hat leider heute auch keine Priorität. Erste Priorität hat für uns nun, dass wir einen budgetlosen Zustand verhindern und dieses Budget verabschieden. Es darf kein Zweifel aufkommen, dass im Kanton Luzern auch in finanziell guten Zeiten budgetlose Zustände möglich sind. In dem Sinn werden wir den Voranschlag unterstützen. Wir haben eine weitere Kürzung im Bereich des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD) eingereicht. Wie wir gehört haben, soll nicht einmal darüber debattiert werden, obwohl es um die Digitalisierung geht. Uns ist schleierhaft, dass ausgerechnet dieser Bereich nicht angetastet werden darf, aber alle anderen schon. Auf der anderen Seite beantragen wir eine Erhöhung beim Datenschutz. Denn hier können wir den gesetzlichen Auftrag längst nicht mehr erfüllen und es liegt in unserer Verantwortung, dies sicherzustellen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieser Anträge und komme zum Schluss: 40 Tage haben wir die Regierung auf Diät gesetzt, der Jo-Jo-Effekt ist aber leider so gut wie sicher. Wir bedauern das. Trotzdem treten wir auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu.

Daniel Piazza: Ich möchte den Ball von Claudia Huser bezüglich des budgetlosem Zustands aufnehmen. Ich bitte all jene, die den überarbeiteten Voranschlag ablehnen wollen, dies nochmals zu überdenken. Die Logik ist uns bekannt, eine Botschaft am Schluss abzulehnen, wenn die eigenen Anträge nicht angenommen werden. Das ist im Normalfall absolut richtig und auch konsequent. Im vorliegenden Fall ist es aber anders: Nach der Überarbeitung des Voranschlags ist der 1. Dezember – 30 Tage vor dem Start des Kalenderjahres 2026. Es ist

wichtig, diesen überarbeiteten Voranschlag 2026 anzunehmen. Wer diesen ablehnt oder sich nur schon der Stimme enthält, nimmt faktisch einen budgetlosen Zustand in Kauf. Sie sollten sich das nochmals überlegen. Würde das die Ratsmehrheit tun – diese Situation hatten wir schon – hätten wir nächstes Jahr kein Budget. Daher bitte ich Sie, die Ablehnung nochmals zu überdenken.

Anja Meier: Können Sie, die bürgerlichen Rückweisenden, wirklich zufrieden sein mit der Situation, in die Sie sich mit Ihrem unpräzisen Rückweisungsantrag gebracht haben? Wohl kaum. Zufrieden ist aber auch die SP-Fraktion nicht, denn das reduzierte Budget baut Leistungen ab. Die FDP, die Mitte und die SVP betonen gebetsmühleartig, dass nichts abgebaut wird, sondern nur Mehrausgaben gekürzt werden. Aber wenn beantragte Mittel fehlen, wenn sie nicht bereitgestellt werden, sind keine Leistungen für die Bevölkerung vorhanden. Durch die völlig unsinnige Koppelung des Ausgabenwachstums an das Wirtschaftswachstum verwehren Sie dringend benötigte Mittel für zentrale öffentliche Aufgaben: Die Entlastung von Berufsschullehrpersonen, Bildungsgutscheine für tiefe Einkommen, genügend Prämienverbilligung, der Sonderschulbereich, Digitalisierung, Palliativ Care, psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die Bekämpfung der Klimakrise und und und. Während Sie, liebe Bürgerliche, sich selbst für Ihre zurückhaltende Ausgabenpolitik auf die Schulter klopfen und gratulieren, gilt das nur auf dem Papier. Die Menschen, die steigende Lebenshaltungskosten tragen müssen, die mit zunehmenden Mieten und Krankenkassenprämien kämpfen, deren Budgets zu knapp sind und die in einer zunehmend unsicheren Welt mit Herausforderungen konfrontiert sind wie Vereinbarkeit, Fachkräftemangel, psychische Belastungen, all diese Menschen spüren diese Excel-Erfolge nicht. Bildung, Klima, Digitalisierung, zentrale Bereiche für die Zukunft unseres Kantons, werden mit diesem eingestampften Budget im Stich gelassen. Und genau dort braucht es politische Antworten, doch Sie, liebe Bürgerliche, verweigern die Mittel, um diese Antworten geben zu können. Und das, obwohl es dem Kanton finanziell gut geht, nur, damit am Ende Ihre Excel-Rechnung aufgeht. Ich habe Daniel Piazza beim Eintreten genau zugehört, als er gesagt hat, dass sich die Mitte-Fraktion nicht mehr zu den Anträgen äussert. Aber bei den Anträgen, bei denen er die Ablehnung der Mitte-Fraktion vorweggenommen hat, hat er nur buchhalterisch argumentiert, nicht fachthematisch oder inhaltlich. Weshalb ist die Mitte-Fraktion der Ansicht, dass es diese Leistungen und von uns beantragten Erhöhungen nicht braucht? Sprechen Sie überhaupt mit Ihren Fachkommissionen? Liebe Bürgerliche, nehmen Sie Ihren parlamentarischen Auftrag ernst und führen heute die Debatte mit uns. Erklären Sie der Öffentlichkeit Ihre Fachpolitik. Erklären Sie, weshalb Sie Anträge ablehnen, mit denen die Mittel erhöht werden sollen und weshalb man Ihrer Meinung nach auf diese Leistungen verzichten kann. Das sind Sie den Menschen dieses Kantons schuldig. Wenn Sie schweigen und sich hinter Ihrer technokratischen Excel-Tabelle verstecken, sagt das mehr als tausend Worte.

Samuel Zbinden: Zum Votum von Daniel Piazza zur finanzpolitischen Verantwortung: Uns wurde vorgeworfen, dass wir einen budgetlosen Zustand riskieren. Nachdem die Bürgerlichen im Oktober die Regierung, die Verwaltung und uns alle mit dieser Übung bemüht und fast einen budgetlosen Zustand ausgelöst haben, wenn nicht auf die Schnelle ein überarbeitetes Budget vorgelegen wäre, finde ich es doch starken Tabak, uns vorzuwerfen, dass wir einen budgetlosen Zustand riskieren. Es liegt in Ihrer Verantwortung. Die Regierung hat uns im Oktober ein Budget vorgelegt. Wir wären dort zu Kompromissen bereit gewesen und hätten dem Budget zugestimmt. Sie wollten das nicht, sondern diese Zusatzübung. Diese heisse Kartoffel können Sie nicht an uns zurückreichen, es ist Ihre Verantwortung. Wir sind sogar jetzt immer noch zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit und haben zahlreiche

Anträge eingereicht, über die Sie nicht einmal diskutieren wollen. Trotzdem werfen Sie uns vor, dass wir einen budgetlosen Zustand riskieren. Sie haben die Mehrheiten, es ist Ihr Budget und Ihr Wunsch, diese Übung durchzuführen. Bitte versuchen Sie nicht, die Verantwortung auf uns zu schieben.

Marcel Budmiger: Rücken des Parlaments und ohne Einbezug der Öffentlichkeit beschlossen haben, wie das Budget aussehen muss und sich jeglicher Diskussion zu den Anträgen verweigern, möchte ich Ihnen einige Fragen stellen. Vielleicht können Sie uns und Ihren Wählerinnen und Wählern anlässlich der Eintretensdebatte erklären, weshalb Sie zu Ihrer Positionierung kommen und nicht einfach aufgrund von Excel-Tabellen erklären, weshalb in einem Bereich etwas mehr ausgegeben wird. Wir müssen über Leistungen diskutieren, das ist unsere Verantwortung. Reichen die Leistungen für die Luzerner Bevölkerung? Sind es die Leistungen, die wir in unseren Wahlkämpfen versprochen haben? Sind unsere überwiesenen Motionen zum Klimafonds erfüllt oder weigert sich die Regierung zum x-Mal und nimmt Kürzungen vor und Sie akzeptieren das einfach? Im Anschluss reklamieren Sie aber, dass die Regierung am falschen Ort gekürzt oder einen Parlaments- oder Volksauftrag nicht umgesetzt hat. Wir können das ändern, indem wir das Budget anpassen. Das ist unsere Verantwortung. Wenn Sie sich absprechen und das Paket der Regierung ohne Änderung durchwinken und sich die Leute an Fraktionsmehrheiten orientieren müssen und nicht ihre eigene Überzeugung vertreten können, ist das eigentlich gesetzeswidrig. Wir haben keinen Fraktionszwang, jeder darf für sein Anliegen eintreten, beispielsweise bei der Berufsbildung. Liebe FDP, wer profitiert davon, wenn nicht die Leute, die am Morgen den Wecker stellen und eine Berufslehre machen? Bei den Lehrpersonen muss Gleichberechtigung herrschen. Sie fördern die Akademisierung, indem Sie die Berufslehrpersonen diskriminieren. Diese wollen sich vor Gericht wehren. Ich höre jetzt schon, wie Sie vom dualen Berufsbildungssystem der Schweiz schwärmen und von einem Exportschlager sprechen. Sie greifen aber genau dieses System an. Weshalb sparen Sie nicht an einem anderen Ort? Ich verstehe, dass Sie einen Abbau wollen, aber weshalb genau dort? Weshalb nicht an einem anderen Ort? Sie möchten aber keinen Auftrag erteilen und lehnen sich zurück. Sie wollen nicht darüber diskutieren, weshalb bei der Berufsbildung ein Abbau stattfinden soll. Schuld sein wird die Regierung. Sie haben den Auftrag erteilt, dass sich die Regierung am Wirtschaftswachstum orientieren soll, aber das wird auch nächstes Jahr nicht gelingen. Die SVP-Fraktion hat richtigerweise erwähnt, dass der Auftrag nicht erfüllt wurde. Er wird auch nächstes Jahr nicht erfüllt. Wenn Sie nicht sagen, wo Sie abbauen wollen, wird der Auftrag wieder nicht erfüllt. Das liegt in unserer Verantwortung, wir müssen die strategischen Leitplanken vorgeben und sagen, welche Leistungen wir im Kanton Luzern wollen. Ist die Berufsbildung wichtig? Ist die Nachholbildung wichtig? Menschen, die den Wecker stellen am Morgen und eine Berufsbildung nachholen wollen, erhalten dank Ihnen weniger Geld, wenn Sie nicht über unseren Antrag diskutieren wollen. Wir müssen klare Leitplanken vorgeben. Denken Sie daran, was Sie im Wahlkampf jeweils versprochen haben. Berufsbildung ist wichtig und dass sich die Leute weiterbilden und aus der Sozialhilfe ausbrechen möchten. Das sollten wir unterstützen und nicht einfach mit Excel-Tabellen torpedieren. Sie geben Versprechen ab, die Sie gleich wieder brechen, denn Sie haben den Auftrag nicht erfüllt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich erlaube mir, auf zwei bis drei Punkte einzugehen. Der Regierungsrat hatte für die Überarbeitung des Voranschlags 20 Tage Zeit. Die Ablehnung erfolgte am 21. Oktober 2025. Der Beschluss der Regierung für den überarbeiteten Voranschlag erfolgte am 11. November 2025. Aus unserer Sicht hat das Parlament einen relativ klaren Auftrag erteilt. Sie haben ein Wachstum und Bereiche definiert, in denen Ausnahmen zugelassen werden:

Mengenwachstum, gesetzliche Grundlagen und politische Bereiche, die ausgenommen werden sollen. Wir haben diesen klaren Auftrag aus dem Parlament umgesetzt. Für die Regierung ist es zentral, dass wir Ihnen einen überarbeiteten Voranschlag vorlegen, der einen budgetlosen Zustand vermeiden soll. Es wurde mehrfach betont, das sei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Regierungsrat ist sich durchaus bewusst, dass die Nagelprobe mit dem AFP 2027–2030 noch bevorsteht. Dann wird sich zeigen, ob es ein gemeinsames Verständnis gibt zwischen der heutigen Debatte, der Debatte im Oktober und dem Verständnis des Regierungsrates. Ich erlaube mir aber auch den Hinweis, dass es eine gemeinsame Verantwortung ist, die wir tragen, und zwar über zwölf Monate. Zu den vorliegenden Anträgen: Der Regierungsrat steht selbstverständlich zur Botschaft B 63a und wird Anträge ablehnen, die davon abweichen wollen. Ich bedanke mich bei den Fachkommissionen, in denen wir die Gelegenheit hatten, den Voranschlag zu erläutern und zu diskutieren. Ich bedanke mich für die Diskussion in der PFK unter dem Präsidium von Ruedi Amrein. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, dem überarbeiteten Voranschlag zuzustimmen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Barbara Irniger zu S. 6, H0-1010 Staatskanzlei (Begründung Nr. 1): Das Globalbudget ist um 0,2 Mio. Fr. zu erhöhen. Auf die Kürzung einer zentralen Stelle im Records Management für die Verwaltung im Umfang von 1,0 FTE wird verzichtet.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Barbara Irniger: Im überarbeiteten Voranschlag wurden sämtliche zusätzlichen Stellenprozente der Staatskanzlei gestrichen. Besonders die Stellenprozente im Records Management sind aber dringend nötig. Weshalb? Erstens: Ein Teil der Aufgaben des Records Managements gehört bereits jetzt zum Grundauftrag der Staatskanzlei. Ob beispielsweise beim Umgang mit dem Öffentlichkeitsprinzip, der Einführung von M365 oder bei der Datenklassifizierung: Die Verwaltung von Akten und Informationen ist zentral. Das haben wir in letzter Zeit immer wieder gehört. Korrektheit, Vollständigkeit und Zugänglichkeit der Daten müssen aktiv und professionell weiterentwickelt werden. Aufschieben ist hier sicher keine Option. Zweitens: Im Lauf der Zeit hat die Staatskanzlei zusätzliche Aufgaben übernommen, für die heute schlicht die Ressourcen fehlen. Wir wissen zum Teil auch aus den Kommissionsdiskussionen, dass in der Staatskanzlei seit längerer Zeit regelmässig Mehraufwand geleistet wird, weil die Mitarbeitenden ihre Verantwortung ernst nehmen und für eine funktionierende Verwaltung eintreten. Dieses Engagement ist aber nicht unbegrenzt. Wir können nicht einfach davon ausgehen, dass diese Mehrarbeit dauerhaft selbstverständlich ist. Wenn wir jetzt bei einer zentralen Stelle sparen, senden wir damit ein total falsches Signal. Wir sagen nämlich, dass diese Mehrbelastung, welche die Staatskanzlei zurzeit trägt, problemlos voraussetzbar ist und auch das Thema Datenmanagement aufschiebbar ist. Beides ist nicht der Fall. Wir haben auch gehört, dass nächstes Jahr wieder genau hingeschaut werden soll, ob die jetzt bereits dringend benötigte Stelle tatsächlich kommen soll. Es geht nicht einfach nur um eine Stelle, sondern um die Sicherung und Qualität unserer Verwaltung und die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden. Viele von Ihnen haben in Gesprächen schon betont, dass sie die effiziente Arbeitsweise der Staatskanzlei schätzen. So geht es auch mir. Damit diese Effizienz erhalten bleibt und sich die Staatskanzlei gleichzeitig innovativ weiterentwickeln kann, braucht es die nötigen Ressourcen. Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Claudia Huser: Wie ich im Eintreten bereits erklärt habe, lehnen wir die Anträge ab, welche

die Vorschläge der Regierung rückgängig machen. Wir sind über diese Übung überhaupt nicht erfreut, aber wir wollen einen mehrheitsfähigen Voranschlag. Grundsätzlich sind wir dafür, das Kostenwachstum des Kantons in den Griff zu bekommen. Das betrifft die Anträge 1, 4 bis 7, 9, 13 bis 16 und 18, zu denen wir uns nicht mehr im Detail äussern werden.

Priska Fleischlin: Es ist doch erschreckend, dass sich die Mitte-, die FDP- und die SVP-Fraktion wohl nicht mehr zu den Anträgen äussern werden und man nicht in der Lage ist, eine demokratische Debatte zu führen. Anja Meier hat zu Recht verlangt, dass man sich äussert, Farbe bekennt und erklärt, weshalb man diese Ausgaben nicht will. Die SP-Fraktion unterstützt diese Stelle und somit den vorliegenden Antrag. In diesem Fall muss eine Ausnahme gemacht werden. Sie können nicht über alle Bereiche hinweg Kürzungen vornehmen, aber im Detail nicht erkennen, wo tatsächlich Bedarf besteht. Die Parlamentsdienste nehmen uns viel Arbeit ab, wir wollen nicht, dass die Mitarbeitenden krank werden, weil sie so viele Überstunden zu unseren Gunsten leisten. Sie haben die Möglichkeit, diese Stelle zu sprechen, damit die Last sinkt. Es geht aber auch um etwas anderes, nämlich die Einführung von M365 und weiteren Tools. Wir müssen uns darauf verlassen können, dass die Dokumente der Verwaltung sicher und auffindbar sind und gesetzeskonform verwaltet werden. Die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften ermöglicht es, Kosten zu senken und die Effizienz zu steigern. Das sind wichtige Schritte bei der Erstellung, Verwaltung und Archivierung von Dokumenten. Deshalb bitten wir Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich erlaube mir eine sachliche Richtigstellung zur Aussage der Antragsstellerin: Es ist nicht so, dass im Bereich Staatskanzlei keine personelle Entwicklung stattfindet, sondern diese wird einfach etwas reduziert. Das sehen Sie in der Botschaft B 63a auf Seite 22. Wir haben einen klaren Auftrag des Parlaments erhalten und diesen umgesetzt. Davon sind verschiedene Bereiche betroffen, auch die Staatskanzlei. Wir sind aber der Meinung, dass dieses Vorgehen vertretbar ist. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 83 zu 28 Stimmen ab.

Antrag Mario Cozzio / Maria Pilotto zu S. 6, H0-1010 Staatskanzlei / Seite 105f., B 63: Das Globalbudget der Staatskanzlei ist 2026 so aufzustocken, dass für den Datenschutz insgesamt 410 Stellenprozente zur Verfügung stehen. Das Globalbudget der Staatskanzlei im Jahr 2026 ist für den Datenschutz somit um 80 000 Fr. aufzustocken.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 12 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Mario Cozzio: Ich kann es kurz machen: In unserem Rat herrscht Konsens über die Wichtigkeit des Datenschutzes. Wir sind uns bewusst, dass jede Stelle einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen hat, aber der Datenschutz schafft das nicht einmal im Ansatz. Das wurde relativ oft klar und deutlich gemacht. Entsprechend ist es wichtig, dass wir diese Mittel zur Verfügung stellen können. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Maria Pilotto: Vor einiger Zeit hat mich mein Sohn gefragt, ob 100 viel sei. Ich habe ihm erklärt, 100 Kinder zu haben sei viel aber 100 Sekunden würden schnell umgehen. Vorauf möchte ich hinaus? Ich appelliere an Sie, eine Stelle ist nicht einfach eine Stelle. Ein Franken ist nicht gleich ein Franken. Beim Datenschutz geht es genau um dieses Thema. Wir müssen wahnsinnig sein, wenn wir in dieser Diskussion über Kürzungen, Verzicht und Streichungen noch weitere Anträge stellen. Aber es ist unsere Aufgabe, die Bestimmung für jeden Franken zu verantworten oder umgekehrt, die Finanzierung der kantonalen Aufgaben sicherzustellen. Die Beauftragte für den Datenschutz überwacht die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz, erteilt betroffenen Personen Auskunft, orientiert Organe und die Öffentlichkeit

über die Anliegen des Datenschutzes, sorgt für die Instruktion der Mitarbeitenden oder nimmt zu Datenbearbeitungen Stellung, die ein hohes Risiko für Verletzungen von Persönlichkeits- und Grundrechten bergen. Sie erinnern sich vielleicht an die letzte Session. Das sind einige der zehn Aufgaben, die das kantonale Datenschutzgesetz für die Datenschutzbeauftragte vorsieht. Wer sich die Aussagen der Datenschutzbeauftragten aus der Kommission in Erinnerung ruft weiss, ob wir dieses Gesetz derzeit einhalten können oder nicht. Unser Datenschutz kann im Moment nur Feuer löschen im Bewusstsein, dass es anderswo unbeaufsichtigt lodert. Der Kantonsrat hat die Verantwortung den Datenschutz so auszustatten, dass er die gesetzlichen Grundlagen umsetzen kann. Dafür können wir nicht die Regierung verantwortlich machen, es ist allein unsere Verantwortung. Wir haben die Datenschutzbeauftragte gewählt. Für nächstes Jahr haben wir dem Datenschutz sogar ein eigenes Globalbudget zugestanden. Spätestens dann wird nochmals sichtbar, ob die Anforderungen und Ressourcen übereinstimmen. Die Ressourcen beim Datenschutz sind seit Jahren ein Thema, das wissen Sie auch aus den Kommissionen und den Diskussionen aus dem Rat. Wir hatten letztes Jahr zudem einen Wechsel in der Verantwortung. Dieses Jahr konnten wir die eigentlich vorgesehene Stelle nicht besetzen. Nun wollen wir mit 50 Prozent wieder auf den Markt. Ich bitte Sie eindringlich, dem Antrag um Aufstockung beim Datenschutz zuzustimmen. Entscheiden Sie inhaltlich und nicht finanzideologisch. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um mit den vorgesehenen 50 Stellenprozenten insgesamt eine 100 Prozent-Stelle auszuschreiben. Das Auswahlprozedere und die Einarbeitung benötigen Zeit, sodass ein Teil des Jahres bereits um sein wird. Wir befinden uns mit dem Datenschutz in einer heiklen Phase. Mit M365 und zahlreichen weiteren Digitalisierungsprojekten steigen auch die Aufgaben des Datenschutzes exponentiell. Das sind nur die Projekte beim Kanton, die Gemeinden gehen bisher leer aus. Es ist keine gute Zeit für Knappheitsexperimente, bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

Barbara Irniger: Ich muss die Wichtigkeit des Datenschutzes nicht wiederholen, diesbezüglich herrscht grosser Konsens. Der Datenschutz des Kantons Luzern ist heute so knapp besetzt, dass er praktisch nur Feuer löschen kann. Das haben wir jetzt einige Male gehört. Er kann nur auf ganz konkrete Probleme, Datenpannen und Risiken reagieren, aber im Moment kann er nur sehr wenig gezielt und präventiv arbeiten und die Digitalisierung der Verwaltung sauber begleiten. Für die strategische Weiterentwicklung bleibt ebenfalls kaum Zeit. Wenn wir wollen, dass der Datenschutz nicht erst eingreift, wenn es brennt und nicht nur reaktiv arbeiten kann, müssen wir ihm die nötigen Ressourcen für eine aktive und nicht nur reaktive Arbeit zur Verfügung stellen. Das können wir mit der Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Das, was ich vorhin gesagt habe, gilt auch hier: Wir hatten einen Auftrag, den haben wir umgesetzt. Wir sind der Ansicht, das ist so vertretbar und ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 73 zu 36 Stimmen ab.

Antrag Claudia Huser zu S. 6, H0-6610 Stabsleistungen JSD / Seite 158, B 63: Die Aufstockung der Stellen für den IT-Betrieb soll gestaffelt erfolgen. Das Globalbudget ist um 300 000 Fr. zu reduzieren.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 15 zu 1 Stimme abgelehnt.

Claudia Huser: Der Antrag wurde mit 15 zu 1 Stimme abgelehnt, ich höre deshalb schon den Vorwurf, dass ich die Kommissionsarbeit nicht in den Rat bringen soll. Die

Kommissionsarbeit ist geheim. Uns ist es wichtig zu betonen, dass wir das Kostenwachstum bremsen wollen und machen deshalb konkrete Vorschläge. Ich habe im Eintreten gehört, dass Kürzungen gemacht werden und dass das reicht. Grundsätzlich verschieben wir die ganze KI-Geschichte, das stört Sie nicht. Hier soll aber die IT eines Departementes aufgebaut werden. Die Dienststelle Informatik (DIIN) des Kantons ist ein Informatik-Kompetenzzentrum und soll es auch weiterhin bleiben. Dass wir die DIIN stärken, ist richtig und korrekt. Ich will nicht die Kompetenz des Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) in Frage stellen, aber das JSD ist nicht die DIIN. Sie stört es aber nicht, wenn beim JSD ein Ausbau erfolgt. Uns ist das schleierhaft. Die GLP-Fraktion bringt einen Vorschlag, um das Kostenwachstum einzudämmen. Wir bitten Sie daher, unseren Antrag zu unterstützen.

Anja Meier: Die SP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Die beantragte Stafflung und damit die faktische Reduktion von zusätzlichen IT-Stellen um 2 Vollzeitäquivalente (FTE) respektive um 300 000 Franken ist weder sachgerecht noch verantwortungsvoll. In den vorbereitenden Fachkommissionen haben wir uns eingehend mit diesem Bedarf befasst. Das JSD hat dargelegt, dass die zusätzlichen IT-Fachkräfte notwendig sind, und zwar nicht nur für das Generalsekretariat, sondern für sämtliche, dem JSD angegliederten Dienststellen. Gerade in diesem Umfeld arbeitet der Kanton mit hochsensiblen Daten. Die Anforderungen an den Datenschutz, die Datensicherheit und die Vertraulichkeit sind berechtigterweise hoch und steigen. Wichtige Projekte wie die systematische Datenklassifizierung im Zusammenhang mit der Einführung von M365 usw. können ohne diese Stellen nur sehr schwer umgesetzt werden. Hinzu kommen Überprüfungen und Audits von entsprechenden Fachapplikationen, die spezifisches technisches Know-how erfordern. Die jüngsten Vorfälle bei der Luzerner Polizei haben uns vor Augen geführt, wie essenziell robuste Sicherheitsstandards sind. Datensicherheit ist kein Nebenjob, den man bestehendem Personal zusätzlich überträgt, sondern dafür sind qualifizierte Fachkräfte in den Departementen nötig, um die Aufgabe professionell wahrnehmen zu können. Sie sollen und werden mit der DIIN zusammenarbeiten. Unklar bleibt zudem, weshalb ausgerechnet beim JSD bei der IT gespart werden soll, nicht aber bei den anderen Departementen. Die digitale Infrastruktur der Sicherheitsbehörde ist für die SP kein Ort für Sparübungen. Wir haben als Kantonsrat eine Digitalisierungsstrategie verabschiedet. Wenn wir die Umsetzung ernst nehmen wollen, müssen wir die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Rahel Estermann: Manchmal bin ich mit dem Einsatz bestimmter digitaler Anwendungen in der Verwaltung einverstanden und manchmal nicht. Ich habe aber immer unterstützt, dass die Ressourcen für die Verwaltung und die Mitarbeitenden eingestellt werden. IT-Projekte sollen sorgfältig sowie mit dem nötigen Personal und der nötigen Zeit durchgeführt werden. Diese Sorgfalt ist sehr wichtig, damit solche IT-Lösungen nachhaltig und gut implementiert werden können. Sonst muss im Nachhinein aufgeräumt werden und es kommt zu Problemen mit dem Datenschutz usw. Uns allen sind bestimmte IT-Projekte bekannt, die schief gelaufen sind. Deshalb braucht es auch in den Departementen Ressourcen und nicht nur zentral bei der DIIN. Ich finde es nicht verständlich, wenn in der 2. Beratung ein Antrag vorliegt, der auch sehr stark ins Operative eingreift. In der Fachkommission wurde eine Diskussion geführt, die klar ergeben hat, dass die Ressourcen benötigt werden. Insbesondere im Sicherheitsbereich laufen heikle Projekte. Das JSD unterstützt zudem die Gemeinden im Bereich der Cybersecurity. Wir wissen alle, dass die Gemeinden sehr unterschiedlich unterwegs sind, was die Cybersecurity angeht. Wir wollen wohl kaum nächstens in der Zeitung lesen, dass es in diesem Bereich zu Problemen kommt. Das ist nicht gut für das Vertrauen der Bevölkerung. Dieses Geld ist gut investiert, wenn wir dem JSD die nötigen Ressourcen sprechen. Die Grüne Fraktion lehnt den Antrag ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es gibt eine Konzerninformatik und eine Fachinformatik. Die Fachinformatik wird von den Departementen betreut und erfordert die entsprechenden Ressourcen. Wir mussten leider vor wenigen Tagen über einen Cybervorfall bei der Luzerner Polizei berichten. Das war nicht sehr angenehm und das wollen wir zukünftig vermeiden. Das ist aber nur mit den entsprechenden personellen und finanziellen Mitteln möglich, die wir zur Verfügung stellen müssen. Aus unserer Sicht ist es ein entsprechend wichtiges Thema. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 99 zu 9 Stimmen ab.

Antrag Maria Pilotto zu S. 7, H0-4040 Dienstleistungen Personal (Begründung Nr. 10): Das Globalbudget wird um 1,5 Mio. Fr. erhöht. Auf die Kürzung der letzten Tranche der strukturellen Lohnmassnahmen ist zu verzichten, um das Marktlohnniveau gezielt anzuheben und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons als Arbeitgeber weiter zu stärken.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Maria Pilotto: Es ist das Legislaturziel der Regierung, die Attraktivität der kantonalen Verwaltung als Arbeitgeberin zu erhöhen. In Zeiten des Fachkräftemangels ist es aber auch in unserem Interesse, dass der Kanton gute Mitarbeitende findet und halten kann. Früher hatten Sie noch Vertretende von Staatspersonalverbänden in Ihren Reihen. Jetzt scheint die Verantwortung für das Personal etwas abhandengekommen zu sein. Die Regierung meint, dass die ganze Kürzungsgeschichte das Personal nicht betrifft und keine Auswirkungen hat. Das Personal ist aber sowohl von den Umständen dieser zweiten Budgetrunde betroffen als auch von der Unsicherheit, die wir auslösen und ganz konkret durch diesen Streichungsvorschlag. Das in einer Zeit, in welcher der Kanton Luzern über viel Geld verfügt. Das macht mich als VPOD-Vorstandsmitglied traurig und wütend. Diese Tage hat sich die «Luzerner Zeitung» süffisant über die Löhne des kantonalen Personals ausgelassen. Wie so oft liegt der Teufel jedoch im Detail. Was will diese Streichung? Bei dieser Streichung geht es um 1,5 Millionen Franken für strukturelle Lohnerhöhungen. Es geht dabei nicht um generelle Lohnerhöhungen, mit denen sich die Regierung jeweils mehr oder eher weniger an der Teuerung orientiert. Es geht auch nicht um die individuelle Lohnerhöhung, wie dies vorhin erwähnt wurde. Die individuelle Lohnerhöhung besteht darin, dass die Vorgesetzten die Leistung der Mitarbeitenden individuell honorieren. Strukturelle Lohnerhöhungen sind für bestimmte Berufs- oder Altersgruppen vorgesehen, bei denen sich über die Jahre eine Differenz von den Anforderungen und Belastungen zum System ergeben hat. Diese strukturellen Differenzen waren auch der Ausgangspunkt, weshalb wir das Lohnsystem überhaupt überarbeitet haben. Den Bedarf dieser strukturellen Lohnkorrekturen hat sich die Regierung nicht dieses Jahr ausgedacht, sondern das wurde uns vor zwei Jahren mit der Botschaft über das Lohnsystem mitgeteilt. Man schlug vor, über drei Jahre 1,5 Millionen Franken in die Hand zu nehmen, um strukturelle Massnahmen zu tätigen. Wenn man nun sagt, dass aufgrund der tiefen Teuerung mehr Mittel für individuelle Massnahmen bestehen, ist das nicht das Gleiche und man ersetzt Äpfel mit Birnen. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, ziehen sich nicht nur als verlässlicher Partner aus der Personalpolitik zurück, sondern sie streichen auch die vorgesehene, zeitnahe Überprüfung der Massnahmen der letzten Jahre. Ich weiss nicht, wie das damit einhergeht, dass wir gemäss dem Finanzdirektor wissen, wo wir jetzt stehen. Während Sie andernorts Massnahmen auf ihre Effizienz prüfen lassen wollen, lassen Sie diese Auswertung weg. Seien wir ein verlässlicher Partner. Ich bitte Sie, dem Antrag zugunsten des Personals zuzustimmen.

Barbara Irniger: Die Grüne Fraktion stimmt dem Antrag zu. Gerade im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel ist es nicht sinnvoll, auf die letzte Tranche der strukturellen Lohnanpassungen zu verzichten. Der Kanton muss seine Mitarbeitenden halten und neue Fachkräfte gewinnen können. Die Stellenbesetzungen sind im Moment häufig schwierig. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die letzte Tranche umgesetzt wird, um die Anpassungen dort vorzunehmen, wo die Löhne noch nicht marktgerecht sind und wo Verbesserungspotenzial besteht. Ohne attraktive Löhne riskieren wir, dass wertvolle Erfahrung verloren geht und offene Stellen nicht besetzt werden können. Das schwächt unsere Verwaltung und damit auch die Fähigkeit, die Bevölkerung zuverlässig zu bedienen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wie ich bei der Eintretensdebatte bereits erklärt habe, ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, dass wir ein gutes und korrektes Marktlohnniveau erreicht haben. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass wir genügend Mittel im Voranschlag einstellen, um das Besoldungssystem angemessen bewirtschaften zu können und zu vermeiden, dass wir wiederum die Lohnbänder nicht entsprechend jährlich genügend ausfinanziert haben. Selbstverständlich werden wir in der Zukunft wieder eine Beurteilung der Situation vornehmen und bei Bedarf strukturelle Massnahmen einstellen. Aktuell ist das aus unserer Sicht aber ein vertretbare Massnahme und ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 82 zu 27 Stimmen ab.

Antrag Fabrizio Misticoni zu S. 6, H0-1020 Finanzkontrolle (Begründung Nr. 5): Das Globalbudget wird um 50 000 Fr. erhöht. IT-Audits und die damit verbundenen Stellen von 0,3 FTE werden nicht gekürzt.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK ebenfalls vor und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Fabrizio Misticoni: Die ursprüngliche Erhöhung bei der Finanzkontrolle war sehr moderat geplant und aus unserer Sicht das absolute Minimum, um mit den wachsenden IT-Projekten Schritt halten zu können. Eine starke Finanzkontrolle ist für uns als Parlament existenziell wichtig. Sie ist unser verlängerter Arm. Sie kontrolliert die Rechtmässigkeit von Verwaltungsabläufen und kann uns als Milizparlamentarier mit ihren Berichten unterstützen. Sie alle schätzen die Arbeit der Finanzkontrolle, das betonen Sie in Ihren Voten immer sehr. Sie ist für uns als Parlament sehr wichtig, insbesondere für die PFK und die die Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK). Ihre Berichten können gerade bei IT-Projekten Fehlentwicklungen und potenzielle finanzielle Risiken mitigieren oder im Nachhinein als Learnings für zukünftige Projekte dienen, wenn man an die Kosten oder die Investitionen denkt, die beispielsweise bei «Educase» abgeschrieben werden mussten. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass bei vielen IT-Projekten schnell grosse Beträge bzw. Fehlinvestitionen erreicht werden können. Deshalb würden die 50 000 Franken meiner Meinung nach einen grossen «Return on Investment» bringen.

Priska Fleischlin: Ich äussere mich nochmals zu diesen Kürzungen, auch wenn Sie diese nicht so nennen wollen. Wenn Sie etwas weiter als nur bis zum nächsten Jahr denken, wäre es höchst spannend, diese Stelle aufzustocken, die die Verwaltung kontrolliert. Wieso investieren wir nicht dort, damit die Finanzkontrolle genau hinschaut, wofür die Verwaltung Geld ausgibt oder nicht und wo Schnittstellen entstehen, die man kürzen könnte? Das tut die Finanzkontrolle. Sie verfasst sehr gute Berichte, beispielsweise zuhanden der PFK. Damit erreichen Sie eine Hebelwirkung. Sehen Sie doch von Ihrer sturen Politik etwas ab und

denken in die Zukunft. Das nennt man nachhaltiges Arbeiten, weil man nicht nur für das nächste, sondern für mehrere Jahre plant. Dadurch werden auch die Finanzierungen unterstützt, die Ihren Interessen dienen. Weshalb schlägt die Verwaltung die Kürzung dieser Stelle vor, obwohl das für sie nicht angenehm sein dürfte? Ich würde mir das nochmals gut überlegen und dem Antrag zustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Auch für die Finanzkontrolle gibt es eine Erhöhung des Stellenplafonds. Die Erhöhung fällt aber etwas geringer aus als in der ursprünglichen Botschaft. Aus Sicht des Regierungsrates ist das vertretbar. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 81 zu 27 Stimmen ab.

Antrag Maria Pilotto zu S. 6 ff., Begründungen Nr. 6, 7, 12, 13, 20, 23, 24 und 27 (Umsetzung der Digitalisierung gemäss Digitalstrategie): Auf die in den Begründungen Nr. 6, 7, 12, 13, 20, 23, 24 und 27 des überarbeiteten Voranschlags 2026 vorgenommenen Reduktionen in den Globalbudgets der jeweiligen Aufgabenbereiche ist zu verzichten. Stattdessen ist die Umsetzung der Digitalisierung gemäss Digitalstrategie konsequent voranzutreiben. Die Globalbudgets der betroffenen Aufgabenbereiche sind entsprechend im Umfang der vorgenommenen Reduktionen zu erhöhen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: In dieser Form lag der Antrag der PFK nicht vor, sondern für jede einzelne Begründung wurde ein separater Antrag gestellt. Alle diese Anträge wurden mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Maria Pilotto: Vor drei Jahren hat unser Rat die Digitalstrategie mit grossmehrheitlicher Zustimmung angenommen. Damit haben wir der Regierung und uns selbst Ziele gegeben. Einiges konnte bereits angestossen werden. Aber das Thema Digitalisierung macht nicht Halt und klopft wahrscheinlich im Alltag der kantonalen Mitarbeitenden tagtäglich an. Bei solchen, die Digitalisierungsaufgaben haben, aber vermutlich auch bei allen anderen, die sich im Dschungel der Möglichkeiten zurechtfinden müssen. Dies auch auf Kosten ihrer eigentlichen Aufgaben. Die Regierung wollte einen Hebel umlegen, um die Digitalisierung in der Verwaltung gezielt und in allen Bereichen zu begleiten und die Umsetzung unserer Digitalstrategie zu fördern. Explizit im Bereich von KI wollte die Regierung kantonale Kompetenzstellen aufbauen. Dies ist sinnvoll, da die KI seit mehreren Jahren einen grossen Aufschwung erlebt und natürlich auch die kantonale Verwaltung damit konfrontiert ist. Dieser vorgesehene Aufbau droht nun radikal rückgängig gemacht zu werden. Wir stellen uns dem entgegen und beantragen, den Digitalisierungsboost wie geplant durchzuführen. Zwei Begründungen dazu, zuerst zur KI: In der Digitalisierungsstrategie haben wir uns bewusst das Ziel gesetzt, dass der Kanton Luzern Rahmenbedingungen für einen transparenten und verantwortungsvollen Umgang im Einsatz mit KI schafft. Und auch, das ist wortwörtlich so festgehalten, dass er neue Technologien testet und einsetzt und diese Entwicklungen aktiv verfolgt. Das hat die Regierung an die Hand genommen und Sie wollen es streichen. Diese Entwicklungen, die wir uns zum Ziel gesetzt haben, lassen sich nicht kostenneutral umsetzen. Das dürfte Ihnen bereits 2022 bewusst gewesen sein. In diesem Bereich nun zu sagen, dass wir die Investitionen einfach aufschieben sollen, ist fahrlässig. Fahrlässig gegenüber den Mitarbeitenden, fahrlässig gegenüber den Daten unserer Bevölkerung und auch planlos in Bezug auf die Ziele, die wir uns vor drei Jahren selbst gegeben haben. Zur Digitalisierung allgemein: Um diese Digitalisierungsprojekte umzusetzen, braucht es entsprechende Fachpersonen. Ja, für gewisse Aufgaben haben wir bereits das Personal, aber auch die Projekte nehmen zu und wir können effizienter sein, wenn wir die Aufgaben sinnvoll verteilen.

Das heisst, Mitarbeitende mit Digitalisierungsaufgaben unterstützen Mitarbeitende mit Sachaufgaben, die sich so auf ihren Fokus konzentrieren können. Das ist effizient und ressourcenschonend. Die Projekte nehmen zu und immer mehr Planungsberichte setzen auf die Digitalisierung als Chance oder als Querschnittsthema. So auch der aktuell aufliegende Richtplan. Auch dort wird die Digitalisierung als Querschnittsthema erwähnt. Diese Denkweise braucht Personal, wie es im ursprünglichen Voranschlag vorgesehen war. Stimmen Sie bitte diesem Sammelantrag zu, damit der Kanton Luzern in der Digitalisierung mithalten kann.

Rahel Estermann: Die Grüne Fraktion stimmt dem Antrag im allgemeinen Sinn zu, dass wir mit der Digitalstrategie vorwärts machen wollen. Vor drei Jahren hat unser Rat mit einer grossen Mehrheit einem guten Projekt zugestimmt. Es sind noch einige Pendenzen aus der Digitalstrategie offen, bevor nächstes Jahr wahrscheinlich bereits die erste Evaluation und Weiterentwicklung ansteht. Einige der Pendenzen finden wir im E-Government-Bereich. Wie wir wissen, hat dieses Jahr eine Vernehmlassung dazu stattgefunden, im Prinzip ging es dabei um einen Gegenvorschlag zur Initiative der Jungfreisinnigen. Darin sind sehr spannende Elemente enthalten zur Vereinfachung, zur Innovation in der Verwaltung sowie einer besseren Effizienz. Das alles, damit die Jungfreisinnigen nicht mehr erklären müssen, dass das Grosi digitaler als der Kanton Luzern ist. Ich weiss nicht, wie das weitergehen soll, das Grosi wird älter und der Kanton Luzern bleibt stehen. Wir werden sehen, wie das am Schluss ausgeht. Ich weiss aber, dass die Weiterentwicklung im E-Government-Bereich vielen von Ihnen wichtig ist und Sie mehr fordern. Das kostet aber und wir müssen die entsprechenden Ressourcen einstellen. Um was ging es uns aber bei dieser Digitalstrategie? Wir wollten nicht einfach eine Entwicklung, die in dieser Welt rasant vor sich geht, einfach über uns ergehen lassen, sondern wir wollten diese aktiv angehen und das Beste für den Kanton herausholen.

Automatisierungen und KI verschwinden nicht einfach. Ich bin sicher, dass viele Mitarbeitende des Kantons diese Mittel einsetzen. Das ist gut, aber das muss gezielt mit Regeln erfolgen und entsprechende Projekte müssen sauber durchgeführt werden. Würden Sie in Ihrem Unternehmen Ihren Mitarbeitenden digitale Systeme und Tools zur Verfügung stellen, ohne die nötige Zeit für eine entsprechende Einführung, damit die Mitarbeitenden richtig damit umgehen können und das Unternehmen davon profitieren kann? Ich glaube nicht. Ich weiss nicht, ob am Schluss das KI-Kompetenzzentrum der richtige Weg ist, denn wir konnten zu wenig lange darüber diskutieren. Ich hätte aber gerne eine politische Diskussion darüber geführt. Ich möchte, dass der Kanton diesen Approach weiterführt, nämlich dass er probiert, die Dinge aktiv anzugehen. Jetzt stellen wir einfach alles zurück und verzichten darauf, in die bestehenden Ressourcen zu investieren. Wir werden unseren Rückstand im Vergleich zur Privatwirtschaft und dem, was möglich ist, einfach vergrössern. Daher stimmen wir dem Antrag zu.

Marcel Lingg: Zur Überraschung aller erfolgt doch noch eine Wortmeldung der SVP-Fraktion, vor allem gegenüber der linken Seite. Es ist nicht so, dass wir einen Marschhalt einlegen und die Digitalisierung und die IT-Projekte gestoppt werden. Es kann sein, dass das Marschtempo ganz leicht reduziert wird. Allgemein: Aus unserer Sicht war das Vorgehen in der digitalen Entwicklung inklusive KI grundsätzlich nicht zufriedenstellend dargestellt, weder im Voranschlag noch im AFP. Wir diskutieren nur über Zahlen und Kosten. Was uns fehlt, sind konkrete Angaben wo, in welchen Dienststellen welche Projekte konkret umgesetzt werden können. Uns fehlen konkrete Angaben, wo der Anwendernutzen sowohl seitens der Verwaltung als auch seitens der Bevölkerung letztendlich liegt. Zudem fehlen uns Angaben zur Effizienzsteigerung, die uns aufzeigen, wie durch die Digitalisierung kurz- mittel- oder längerfristig Kosten in der Verwaltung eingespart werden können und gegebenenfalls sogar

ein Stellenabbau umgesetzt werden kann. Beim Staat muss es gleich wie in der Privatwirtschaft sein: Auch in der Privatwirtschaft wird zuerst investiert und Geld ausgegeben für die Digitalisierung. Aber die Privatwirtschaft steht dazu und sagt, wie die effiziente Umsetzung erfolgt und wo entsprechende Kosten eingespart werden können. Die KI-Stelle, ein Fragezeichen. Was macht eine solche Person, eine solche Stelle in der Verwaltung? Zu dieser Frage möchten wir zukünftig mehr Antworten erhalten. In diesem Sinn hoffen wir, dass die Regierung unser Anliegen aufgenommen hat und uns bis zur nächsten Debatte im Spätherbst entsprechend dokumentiert, damit die IT- und KI-Strategie bei der Behandlung nicht mehr zu so viel Irritation führt, wie dieses Jahr.

Markus Bucher: Wie viele Personen arbeiten beim Kanton Luzern im Bereich Digitalisierung? Niemand weiss das, so stand es auch in der Zeitung. Niemand kann mir eine Antwort darauf geben, wenn ich eine Anfrage zur Digitalisierung stelle. Wie können wir denn wissen, ob wir im Bereich Digitalisierung zu viel oder zu wenig Personal haben? Die Informatikabteilung verfügt über ungefähr 150 FTE und etwa 10 Personen arbeiten für lu.connect. In den letzten Jahren haben wir im AFP immer wieder Stellen unter dem Begriff Digitalisierung durchgewunken. Meistens hiess es, diese seien temporär, für vier Jahre, damit sie im AFP nicht ausgewiesen und wieder abgebaut werden müssten. Ich habe übrigens auch nie gehört, dass diese Stellen wieder abgebaut wurden. Somit arbeiten zu viele Digitalisierer in den Dienststellen, zum Teil sogar Programmierer. Zudem ist der Kanton an Softwarefirmen wie «Viacar» beteiligt. Wir vergeben aber auch extern an Schulen Aufträge, an auswärtige Softwarefirmen. Nun wollen wir sogar noch neun KI-Personen einstellen. Ich behaupte, dass im Kanton niemand den Durchblick über die Digitalisierung hat. Dort müssen wir ansetzen und etwas ändern, und nicht einfach wieder 60 Personen im Bereich Digitalisierung einstellen. Die Problematik ist die, dass nicht die Anzahl der Mitarbeitenden entscheidend ist, sondern die Qualität der Arbeit. Mehr ist nicht besser. Es geht um Effektivität und Effizienz. Tun wir also das Richtige und mit einer hohen Produktivität. Einfach mehr Personen zu fordern ist der völlig falsche Ansatz. Das tut der Regierungsrat auch bei anderen Themen immer wieder. Anstatt einfach immer auf Teufel komm raus 40, 50 oder 60 Digitalisierer anzustellen, sollten wir die zehn Besten suchen, die uns weiterbringen. Die Mitte steht selbstverständlich zur Digitalisierung. Leider ist der Begriff Digitalisierung nicht absolut. Ich denke, dass in diesem Saal die verschiedensten Meinungen darüber herrschen, was unter Digitalisierung zu verstehen ist und wie diese umgesetzt werden soll. Wir von der Mitte-Fraktion erwarten auch, dass den Digitalisierungsprojekten in Zukunft die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wir verfolgen aber keinen theoretischen Ansatz, sondern einen praktischen. Wir sehen keinen Sinn in einer einmaligen, massiven Personalaufstockung. Wir erwarten einen pragmatischen Aufbau und eine Entwicklung mit der Auswertung von Erfahrungswerten über die nächsten Jahre, klare Führung, klare Zielsetzung, klare Kontrolle. Die Mitte-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Urban Sager: Die Eingangsfrage von Markus Bucher sagt schon fast alles. Wie viele Personen arbeiten in der Digitalisierung? Alle, Markus Bucher. Die Digitalisierung ist eine Querschnittsaufgabe, wir alle sind davon betroffen. In der Verwaltung sind alle davon betroffen. In fast sämtlichen Prozessen gibt es im Zusammenhang mit der Digitalisierung Fragen und neue Herausforderungen. Die Frage von Markus Bucher zeigt eigentlich, dass Sie nicht verstanden haben, vor welcher Herausforderung wir hier stehen, gerade der Kanton und die kantonale Verwaltung. Entsprechend geht es nicht einfach nur um Effizienzsteigerungen. Es ist eindimensional, wenn es nur darum geht, die Digitalisierung voranzutreiben, damit wir am Schluss Personen entlassen können, Marcel Lingg, und dadurch Geld sparen. Es geht darum, dass wir vor der grössten Zäsur dieses Jahrhunderts stehen.

Darüber ist man sich immer einig, Sie spüren das wahrscheinlich auch. Die ganzen Arbeitsprozesse werden sich grundlegend verändern und der Kanton respektive die Verwaltung müssen entsprechend mitgehen. Die Regierung hat einen mutigen Schritt getan, schade, dass Sie nicht so mutig sind. Grundsätzlich geht es darum, dass wir diesen Prozess gestalten wollen, und zwar aktiv. Das sieht man in den Forderungen der Jungfreisinnigen, mit denen wir ja nicht einfach einverstanden sind. Wie die Digitalisierungsinitiative der Jungfreiwilligen zeigt, wollen sie vorwärts machen, das können wir verstehen. Aber wenn man in der Digitalisierung vorwärts machen will, ist auch ein Realitycheck gefragt. Sie können nicht einfach die Digitalisierung fordern, aber der Überzeugung sein, dass es dazu keine Menschen braucht. Selbstverständlich braucht es dazu Fachpersonen, die diesen Transformationsprozess begleiten. Zurück zu Markus Bucher und seinem Bashing, wonach die Verwaltung einfach Personal einstellt usw. Viele dieser Stellen betreffen auch die Bildung. Das ist nicht einfach eine Verwaltung, wie Sie sich diese vorstellen und klischeehaft von sich geben. Es geht um existierende Stellen und um Menschen, die bereits in diesen Bereichen arbeiten und vor neuen Herausforderungen stehen. Für diese neuen Lernprozesse und Lernformate braucht es eine Begleitung, und zwar eine kompetente und auf allen Ebenen. Bitte treten Sie hier nicht auf die Bremse, denn wir verlieren wertvolle Zeit. Stimmen Sie dem Antrag zu.

Maria Pilotto: Vielleicht können all diese Angaben, die Markus Bucher und Marcel Lingg gefordert haben, nicht gemacht werden, weil die Ressourcen dazu fehlen. Diese müssen jetzt aufgebaut werden. Die goldige Privatwirtschaft lerne ich gerne kennen, die das alles aufzeigen kann. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir investieren müssen.

Fritz Gerber: Wir haben etwas zu viel linke Theorie gehört. Ich meine das nicht despektierlich, es geht um gut gemeinte Theorie, aber eben, Theorie. Früher, als mein Vater dem Grossen Rat angehörte, gab es drei heilige Kühe: Die Armee, die Landwirtschaft und die Kirche. Alles war etwas teuer und ist nicht nur gut ausgegangen. Ich will das nicht qualifizieren, aber es ist so. Heute gibt es wieder heilige Kühe: Den Sport, die Bildung und die Kultur. Wer dort sparen will, ist ein böser Mensch, kulturfeindlich. Aber auch bei der Bildung darf man nicht sparen und der Sport kann auch nicht genug kosten. Seit ein paar Jahren gibt es eine vierte heilige Kuh, die Digitalisierung. Viele finden, dass die Digitalisierung so gut und wichtig ist, dass man in diesem Bereich nicht sparen darf und es nicht schnell genug gehen kann. Die ersten schlimmen Resultate kennen wir bereits, nämlich Social Media. Das fällt zwar nicht unbedingt unter die Digitalisierung, aber wenn ich an die Kinder denke, wird das uns noch sehr lange beschäftigen. Die Digitalisierung hat viele grosse Nachteile. In meinem Geschäft bin ich auch digital unterwegs, einfach zur Information. Mehr ist aber nicht immer besser. In meiner Wohngemeinde hiess es, dass alle Computer umgerüstet werden müssten, was pro Jahr und Arbeitsplatz 8000 Franken zur Folge hat. Danach hiess es, man müsse Kosten sparen. Die Rechnungen der Gemeinden zeigen aber, dass trotz Digitalisierung und topmoderner Geräte alles immer noch teurer wird, und zwar jedes Jahr. Die Versprechungen wurden nie eingelöst. Man macht aber auch immer mehr, obwohl man vieles davon nicht braucht. Ein erfolgreicher Staat misst sich nicht am Umfang der Digitalisierung, obwohl es sie braucht, denn sie ist ein notwendiges Übel. Das Auto ist auch ein notwendiges Übel, ich besitze auch eines. Sie von der linken Seite haben wahrscheinlich auch alle oder fast alle ein Auto. Ein kleines, ein grosses oder ein Elektroauto, je nachdem, welches für einen passt. Bei der Digitalisierung ist es genau gleich. Lassen wir die Verwaltung arbeiten, halten aber den Finger darauf, damit sie nicht überbordert und fahren etwas zurück. Wenn die Regierung sagt, dass es reicht, dann reicht es auch. Wir müssen nicht mehr als nötig tun. Es ist beängstigend, was im Zusammenhang mit der Digitalisierung alles wachsen soll. Ich bitte Sie, den Antrag

abzulehnen.

Urban Sager: Vielen Dank für die theoretischen Ausführungen, Fritz Gerber. Ich bin hingegen in der Praxis tätig, in den Schulen selbst und entwickle digitale Lehrmittel. Ich sehe an der Front, was für eine grundlegende Veränderung in diesem Bereich von sich geht. Ganz praktisch, ganz konkret also. Deshalb sehe ich die Dringlichkeit all dieser Massnahmen, die ursprünglich im Budget vorgesehen waren. Als Praktiker bitte ich Fritz Gerber, diesem Antrag zuzustimmen.

Samuel Zbinden: Die erfrischenden Voten von Fritz Gerber habe ich während der letzten zwei Monate doch etwas vermisst. Er hat die heiligen Kühe von früher und die heutigen angesprochen. Wenn ich an die Debatte auf Bundesebene denke, dann ist die Armee auch heute noch eine heilige Kuh. So zu tun, als wäre es verpönt oder verboten, bei der Bildung oder Kultur zu sparen, wie es Fritz Gerber darstellt, ist es leider nicht. Denken Sie an die Sparjahre des Kantons Luzern, was gerade auf Bundesebene oder gerade in unserem Rat passiert. So eine heilige Kuh wie von Fritz Gerber dargestellt, ist weder die Bildung noch die Kultur. Er hat die Gefahren und die Angst vor Social Media angesprochen. Dabei ist er fast auf die richtige Spur abgebogen. Es ist tatsächlich sehr wichtig, dass wir uns mit diesen Themen auseinandersetzen. Social Media hat Vorteile, birgt aber durchaus auch grosse Gefahren. Dafür müssen wir aber fit sein. Wir geben ja kein Geld aus für mehr Social Media, sondern dafür, dass der Kanton Luzern in der Bildung und auch sonst mit diesen Gefahren und Herausforderungen umgehen kann. Dazu braucht es einfach Geld.

Marcel Budmiger: Fritz Gerber, man kann die Digitalisierung gut oder schlecht finden, aber sie findet statt. Es wäre wichtig, wenn der Kanton und die Verwaltung mit der Privatwirtschaft auf Augenhöhe diskutieren könnte und sich nicht abhängig macht. Wenn ich denke, dass wir im Kantonsrat sogar mit der Abstimmungsanlage überfordert sind, ist es umso wichtiger, dass es in der Verwaltung das entsprechende Know-how gibt. Diesbezüglich gehe ich mit Markus Bucher einig, der im Bereich Digitalisierung die zehn besten Personen anstellen möchte. Schön und gut, aber wenn wir das um ein Jahr verschieben, sind die 100 besten Personen bereits an einem anderen Ort tätig. Wenn wir zudem auf die strukturellen Lohnmassnahmen verzichten, finden wir kein entsprechendes Personal, das bei uns arbeiten will. Ich höre schon, wie wir in der Kommission darüber diskutieren werden. Ich bin gespannt, ob das tatsächlich aufhört. Ich habe schon in mehreren Kommissionen und aus mehreren Departementen gehört, dass man nichts anpassen will. Offenbar gibt es trotzdem genügend Leute, aber der Rekrutierungsprozess läuft einfach falsch oder die Leute wollen nicht beim Kanton arbeiten, weil wir die falschen Signale aussenden. Wenn Sie eine KI-Expertin oder KI-Experte wären, möchte Sie bei einem Kanton arbeiten, der KI zwar wichtig findet, aber erst nächstes Jahr oder am Sankt-Nimmerleins-Tag damit starten will? Spätestens, wenn wir nicht mehr anders können und es uns aufgezwungen wird, werden wir keine guten Fachkräfte mehr finden.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Anlässlich der Diskussion in der PFK wie auch hier im Rat gab es keinen Bereich, in welchem die Erwartung des Parlamentes dermassen deutlich zum Ausdruck gekommen ist, wie im Bereich Digitalisierung und KI. Es war nicht zu überhören, dass hier von der Regierung eine Reduktion des Stellenauswuchses erwartet wird. Das haben wir umgesetzt. Wir haben in der Diskussion in den Kommissionen aber auch stets betont, dass das für uns keine grundsätzliche Abkehr von der Digitalstrategie bedeutet und wir diese weiterverfolgen wollen. Wir sagen aber auch deutlich und klar, dass es mit diesem reduzierten Voranschlag zu einer Temporeduktion kommen wird. Die Strategie für die Einführung von KI beim Kanton Luzern ist auf Kurs. Das E-Government Gesetz ist ebenfalls

auf Kurs, dieses werden wir Ihnen unterbreiten. Wir sind überzeugt, dass wir in diesem Bereich die notwendigen Massnahmen umsetzen wollen und müssen, werden dies aber in den nächsten Jahren etwas zeitlich verzögert angehen. Wie wir das ganz genau tun, das werden wir sicher im Rahmen des Voranschlags 2027 das nächste Mal diskutieren. Auch die vorliegende Massnahme ist aus Sicht des Regierungsrates vertretbar, daher bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 87 zu 29 Stimmen ab.

Antrag Anja Meier zu S. 10, H2-3200 Volksschulbildung (Begründung Nr. 21): Das Globalbudget wird um insgesamt 1,375 Mio. Fr. erhöht und auf die Abbaumassnahmen im Schulbetrieb als Kompensation des Pakets «Verhalten» und beim «Sprachaustausch Französisch» wird verzichtet.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Anja Meier: Der Antrag betrifft zwei Kürzungsmassnahmen von knapp 1,4 Millionen Franken aus dem Volksschulbereich. Erstens zum Sonderschulbereich und dem Paket «Verhalten»: Wir diskutieren seit Monaten intensiv über diese Thematik, in der Politik, in der Gesellschaft und an Schulen. Überall hören wir dasselbe: Die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit psychosozialen Belastungen und Verhaltensauffälligkeiten steigt. Das ist die Realität in vielen Klassenzimmern und fordert die Schulen. Der Kanton hat mit dem Paket «Verhalten» reagiert und investiert 13 Millionen Franken. Das ist richtig und wichtig. Aber all diese Massnahmen befinden sich erst am Anfang, sie beginnen erst zu greifen. Es ist schlicht zu früh, um sagen zu können, dass im übrigen Sonderschulbereich kompensiert und 1,2 Millionen Franken eingespart werden können. Das erzeugt weiteren Druck an einem völlig falschen Ort. Das trifft zum Beispiel die kantonalen SOS-Massnahmen, also die befristeten Unterstützungspakete von Klassenassistentenstunden für stark belastete Klassen, die den Unterschied zwischen einer tragfähigen Situation und Überforderung machen können. In diesem Rat herrscht Einigkeit, dass wir im Sonderschulbereich sehr gut hinschauen müssen. Viele Schulen sind bereits heute am Limit. Sparen bei der Unterstützung für stark belastete Schulklassen ist nicht nachhaltig. Es führt zu mehr personellen Ausfällen, höheren Belastungen und letztlich zu noch höheren Kosten. Zweitens zum Sprachaustausch Französisch: Regelmässig ist von sinkenden Französischkompetenzen bei Schülerinnen und Schülern die Rede. Unser Rat wird eine politische Debatte darüber führen, welchen Stellenwert Französisch im Lehrplan künftig haben soll. Gleichzeitig wollen wir bei einem der wirksamsten Instrumente, um genau diese Kompetenzen zu stärken, den Rotstift ansetzen. Der Kanton schreibt auf seiner Webseite: «Die persönliche Begegnung mit anderen Kulturräumen fördert die Freude am Lernen der Sprache und erweitert den Horizont.» Wenn wir es ernst meinen mit der Mehrsprachigkeit unseres Landes, müssen wir genau diese Begegnungen ermöglichen. Gerade im Volksschulalter, wo Motivation und Offenheit gross sind. Als jemand, der selbst mehrere Jahre auf der anderen Seite des Röstigrabens gelebt hat, kann ich Ihnen sagen: «Le meilleure Dictionnaire c'est la rencontre.» Sprachen lernt man nicht nur aus dem Buch, es braucht Erlebnisse, Austausch und das Hineinwachsen in eine andere Kultur. Genau das leisten diese Programme. Der Beitrag ist vergleichsweise gering. 0,1 Millionen Franken für den gesamten Kanton, die Wirkung ist aber gross, für Klassen, für Lernende und Lehrpersonen. Die vorgeschlagenen Einsparungen im Volksschulbereich belasten die Schwächsten und schränken den Horizont unnötig ein. Deshalb sind sie abzulehnen. Wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen. Ich bin gespannt auf die fachpolitische Haltung der Mitte, FDP und SVP zu diesem Antrag und freue mich über Ihre Wortmeldungen,

wie viel Ihnen der Sonderschulbereich und der sprachliche Zusammenhalt unseres Landes wert sind oder eben nicht.

Irina Studhalter: Es sind Vorstösse hängig, welche die Abschaffung des Frühfranzösisch thematisieren. Gleichzeitig schlägt der Bundesrat Alarm aus Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zur Gefährdung eben dieses gesellschaftlichen Zusammenhalts will der Kanton Luzern einen Beitrag leisten, indem auf den Austausch zwischen den Sprachregionen verzichtet. Das kann nicht sein. Sehr ironisch ist der Sparvorschlag im Bereich Verhalten. Die Volksschule ist in vielen Bereichen komplett am Limit. Wir haben auch in unserem Rat immer wieder über die steigenden Fallzahlen im Bereich Verhalten oder sozioemotionale Entwicklung gesprochen. Der Bedarf ist gross und dringend. Wenn Sie diese Gelder streichen, bestrafen Sie die Lehrpersonen, die Kinder mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf und die Kinder ohne zusätzlichen Unterstützungsbedarf. Die Grüne Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Volksschule ist bekanntermassen ein Thema, das auf vielen Ebenen zu diskutieren gibt. Wir sind in diesem Bereich auch mit den Gemeinden in der Diskussion. Auch von dort gibt es verschiedene Forderungen und Begehrlichkeiten. Insgesamt hat Ihr Rat von uns aber eine Priorisierung gefordert. Wir haben diese Priorisierung vorgenommen und diese beiden Bereiche sind Bestandteil davon. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 80 zu 32 Stimmen ab.

Fabrizio Misticoni zieht den nachfolgenden Antrag zurück:

Antrag Fabrizio Misticoni zu S. 10, H2-3200 Volksschulbildung (Begründung Nr. 22): Die Regierung wird beauftragt, im Budget 2026 die bisher geltenden, höheren Pro-Kopf-Beiträge einzusetzen, solange die paritätische Arbeitsgruppe aus Vertretungen von Kanton und Gemeinden noch keine einvernehmliche, rechtsverbindliche Lösung zur Standardisierung der Schulliegenschaftskosten vorgelegt hat. Das Globalbudget 2026 erhöht sich um den entsprechenden Betrag: zusätzlich zu den in Begründung 22 eingestellten Mitteln von 4,995 Mio. Fr. soll das Globalbudget um weitere 10,005 Mio. Fr. erhöht werden (gesamthaft soll der ursprünglich geforderte Betrag von 15 Mio. Fr. im Globalbudget eingestellt sein).

Antrag Irina Studhalter / Elin Elmiger zu S. 11, H2-3400 Berufs- und Weiterbildung (Begründung Nr. 25): Das Globalbudget wird um 2,25 Mio. Fr. erhöht. Auf die Einführung der Bildungskonten für Erwachsene mit geringen finanziellen Mitteln und Stipendien für Berufsabschlüsse Erwachsene (Nachholbildung) wird nicht verzichtet.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Irina Studhalter: Meine Mathenoten waren zwar nie gut, aber sogar ich erkenne hier einen Rechenfehler. Bei diesem Budgetpunkt geht es um Investitionen in die Berufs- und Weiterbildung für Erwachsene. Das betrifft Personen in prekären finanziellen Situationen mit deutlicher Motivation, ihren Lebensunterhalt selbst stemmen, aber mit systembedingten Defiziten, für die sie in sehr vielen Fällen keine Schuld tragen. Wenn Sie diese Investitionen jetzt kürzen, verzichten Sie erstens auf zusätzliche Steuereinnahmen. Zweitens nehmen Sie höhere Sozialhilfekosten in Kauf. Drittens, wenn wir Pech haben, auch Kosten in der öffentlichen Sicherheit. Faktisch handelt es sich beim überarbeiteten Voranschlag in diesem Fall nicht um einen Kürzungsantrag, sondern um einen Antrag auf Ausgabenwachstum. Dahinter können wir nicht stehen und ich wundere mich sehr, wie das die sparwütige Mehrheit in diesem Saal kann. Ein weiteres Rechenbeispiel: Der Vorstoss wurde damals mit 82 zu 20 Stimmen überwiesen. Das heisst, dass drei Viertel der Kantonratsmitglieder diese Investition unterstützt haben. Seien Sie konsequent in Ihrem eigenen Abstimmungsverhalten

und Ihrem Spaurauftrag und unterstützen unseren Antrag.

Elin Elmiger: Ich kann ins gleiche Horn wie meine Vorrednerin blasen. Wir von der SP finden ebenfalls, dass Bildung ein Weg aus der Armut ist. Für Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten ist es deshalb besonders wichtig, diese Chance ergreifen zu können. Armutsbetroffene können sich die Zeit für Kurse und Lehrgänge nicht nehmen, weil sie sonst weniger verdienen. Deshalb können sie es sich nicht leisten. Es geht aber auch um andere Themen wie die Betreuung der Kinder oder die Preise von Aus- und Weiterbildungen. Wie Irina Studhalter bereits erklärt hat, erhöhen sich die Ausgaben der öffentlichen Hand langfristig. Es gibt Studien, die berechnen, dass schlecht ausgebildete Personen Steuerausfälle und Mehrausgaben in der Sozialhilfe zur Folge haben. Nicht zu vergessen ist auch der Fachkräftemangel, wir sind beispielsweise besonders auf diplomierte Pflegekräfte angewiesen, welche die Höhere Fachschule (HF) absolvieren. Diese Ausbildung wird wie die anderen HF-Ausbildungen im Erwachsenenalter absolviert. Auch in diesem Fall sollte es niemandem verwehrt sein, aus Gründen der Armut keine Weiterbildung machen zu können. Wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich habe es heute bei anderer Gelegenheit bereits gesagt: Wir hatten den Auftrag zu priorisieren. Diesen Auftrag haben wir umgesetzt. Das war nur möglich, indem gewisse Massnahmen, die wir umsetzen wollten, im überarbeiteten Voranschlag nicht mehr enthalten sind. Vorliegend war es ein Prüfauftrag. Die Priorisierung hat ergeben, dass wir diesen Prüfauftrag 2026 so nicht umsetzen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 88 zu 29 Stimmen ab.

Antrag Angelina Spörri / Eva Lichtsteiner zu S. 11, H2-3400 Berufs- und Weiterbildung (Begründung Nr. 26): Verzicht auf das Kürzen der Klassenlehrperson-Entschädigung bei den Berufsfachschulen. Erhöhung des Globalbudgets um 1 Mio. Fr.

Antrag Urban Sager zu S. 11, H2-3400 Berufs- und Weiterbildung (Begründung Nr. 26): Das Globalbudget wird um 1,1 Mio. Fr. erhöht. Auf die Kürzung bei den Entlastungen der Klassenlehrpersonen für die Begleitung von Lernenden in belastenden Situationen an den Berufsfachschulen und auf die Kürzungen beim Projekt «stufenübergreifende Förderung von Deutsch als Zweitsprache» wird verzichtet.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Antrag 10 lag als Antrag der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) vor und wurde mit 12 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Antrag 11 lag ebenfalls und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Angelina Spörri: Die Regierung hat entschieden, die versprochene Entlastung nur den Klassenlehrpersonen an Gymnasien, Fachmittelschulen und Berufsmaturitätsschulen zu gewähren. Die Berufsschullehrpersonen hingegen gehen leer aus. Die GLP-Fraktion bedauert sehr, dass die PFK den Antrag der EBKK abgelehnt hat und stellt ihn deshalb nochmals. Alle Klassenlehrpersonen tragen eine hohe Verantwortung. Sie sind die ersten Ansprechpersonen für ihre Schülerinnen und Schüler, sie koordinieren zwischen Schule, Elternhaus und im Fall der Berufsschulen auch zwischen Ausbildungsbetrieben. Sie begleiten Jugendliche in einer entscheidenden Lebensphase, oft mit komplexen sozialen und psychischen Herausforderungen. Die Aufgaben sind nicht weniger anspruchsvoll als jene an den Gymnasien. Die Ungleichbehandlung führt zu einer Spaltung innerhalb der Lehrerschaft. Während die einen zusätzliche Entlastungszeit erhalten, müssen die anderen weiterhin die gleiche Arbeit ohne zusätzliche Ressourcen leisten. Das ist nicht nur unfair, sondern auch gefährlich für die Attraktivität des Lehrberufs. Wer sich als Berufsschullehrperson nicht ernst

genommen fühlt, überlegt sich in Zukunft vielleicht zweimal, ob er oder sie eine Klassenlehrfunktion übernimmt. Damit schwächen wir die Berufsschulen und letztlich das duale Bildungssystem, das für den Kanton Luzern von zentraler Bedeutung ist. Es geht hier nicht um eine Frage der Finanzen, sondern um die Frage der Gleichbehandlung. Die Kosten für eine faire Entlastung sind überschaubar. Die Folgen einer Ungleichbehandlung können jedoch gravierend sein. Mit der Unterstützung des ursprünglich von der EBKK an die PFK gestellten Antrags setzen wir ein klares Zeichen für die Gleichbehandlung aller Klassenlehrpersonen und die Stärkung unserer Berufsschulen. Ich danke allen, die das ebenso sehen und dem Antrag zustimmen.

Eva Lichtsteiner: Überall und immer wieder wird die Bedeutung der Berufsbildung in diesem Kanton hervorgehoben, und das zu Recht. Wir alle sind uns einig, wie wichtig dieser Pfeiler ist. Es irritiert uns Grüne stark, dass ausgerechnet dort der «nicht mehr Ausgabenhebel» angesetzt werden soll. Eine kleine Zeitreise, wir starten in der Vergangenheit: 2013 wurden die Entschädigungen für Klassenlehrpersonen im Rahmen der Sparmassnahmen gestrichen und seither gab es unzählige Versuche des Verbandes für Berufsschullehrpersonen Luzern (BCH Luzern), um diese wieder einzuführen. Das Aufschieben, vielleicht aus dem Herausögern, dauert seit Jahren an, aber gerade jetzt, kurz vor dem Ziel soll wieder nichts sein? Zur Gegenwart: Der Betreuungsaufwand für Klassenlehrpersonen hat auch an den Berufsfachschulen deutlich zugenommen, wie die Lehrpersonen selbst erklären. Während der Pandemie rückte die mentale Gesundheit der Jugendlichen in den Fokus und viele suchten das Gespräch mit den Lehrpersonen. Lernende an Berufsfachschulen kämpfen nicht mit weniger schulischen oder privaten Problemen als Schülerinnen und Schüler an anderen Schulen. Zur Zukunft: Wir alle konnten den Medien entnehmen, dass der BCH Luzern rechtliche Schritte prüft und je nach Ausgang der heutigen Debatte auch einleiten wird. Zudem konnten wir ebenfalls lesen, dass das Anliegen grundsätzlich auch von der Mitte unterstützt wird. Es braucht keinen Vorstoss zu einem späteren Zeitpunkt. Lassen Sie uns auch nicht abwarten, wozu uns eine rechtliche Prüfung möglicherweise auffordern wird. Wir können jetzt, heute und hier entscheiden. Ziehen Sie sich bitte nicht aus der Verantwortung. Vertrösten ist kein aktives politisches Handeln. Die Gestaltung der Zukunft an den Berufsfachschulen duldet keinen Aufschub. The future is now. Insgesamt scheint es eine relativ einfache Gleichung zu geben: Wenn wir Klassenlehrpersonen an den Berufsfachschulen stärken, stärken wir die Berufsbildung insgesamt. Wenn wir Deutsch als Zweitsprache (DaZ) fördern, stärken wir das Leistungsniveau. Eine zweifache Stärkung des Systems bedeutet doppelt so starke Jugendliche. Wir bitten Sie deshalb um Zustimmung.

Urban Sager: Es geht um die Gleichbehandlung der Lehrpersonen innerhalb der Sekundarstufe II. Im Moment ist es so, dass die Klassenlehrpersonen an den Vollzeitschulen der Sekundarstufe II eine Entschädigung erhalten, nämlich 1 Lektion pro Woche. Wir haben es auch mit Ihrer Mithilfe geschafft, dass bei den Berufsschulen eine halbe Lektion für die Arbeit als Klassenlehrperson bezahlt wird. Diese Arbeit wird und wurde schliesslich immer gemacht. Unser Rat hat sich im Rahmen der Abbaumassnahmen dafür entschieden, diese Arbeit nicht mehr zu bezahlen. Das ist eine sehr wichtige Arbeit, welche die Berufsschullehrpersonen leisten. Für die Jugendlichen ist es ein wichtiger Moment, nämlich der Einstieg in die Arbeitswelt. Es ist eine duale Herausforderung, der sie sich stellen müssen. Sie besuchen weiterhin in die Schule und gehen einer Arbeit nach, die sie lernen müssen. Nicht zuletzt ist es auch eine grosse Umbruchsphase in der Adoleszenz. Deshalb ist das der Moment, in welchem die Jugendlichen mit vielen Problemen konfrontiert sind. Sie meistern diese Probleme ja grossmehrheitlich, das ist eine wichtige und erfreuliche Nachricht. Aber sie

meistern sie auch, weil das Unterstützungssystem gut ist, sei es zu Hause, am Arbeitsplatz oder in der Schule. Die Lehrpersonen leisten diese Arbeit und übernehmen diesbezüglich eine wichtige Rolle, weil sie nicht zum Lehrbetrieb gehören. Gewisse Themen können die Jugendlichen im Lehrbetrieb nicht ansprechen oder vielleicht ergeben sich gewisse Probleme auch aufgrund des Lehrbetriebs. In diesem Fall kann eine Klassenlehrperson helfen. Ich muss Ihnen nicht erklären, dass in der Adoleszenz gewisse Probleme mit den Eltern auftreten. Diese Probleme können nicht direkt mit den Eltern besprochen werden. Die Lernenden benötigen einen Ort, an dem sie mit jemandem darüber sprechen können. Diese Rolle, diese Funktion, diese Arbeit wird heute geleistet. Aber unser Rat ist nicht mehr bereit, diese Arbeit zu bezahlen. Weil es irgendwie doch nicht reicht, müssen wir diese Lehrpersonen wieder trösten. Die Mitte will nun einen Vorstoss einreichen, damit die Klassenlehrpersonen die Entschädigung nächstes Jahr erhalten. Geschätzte Mitte-Mitglieder, ich weiss nicht, ob ich Ihnen das glauben soll. Sie haben das Gleiche schon letztes Mal gesagt. Es ist absurd, einen Vorstoss einzureichen, wenn man heute darüber entscheiden kann. Es ist sehr wichtig, die geleistete Arbeit dieser Lehrpersonen auch entsprechend zu entschädigen. Das ist eine sehr wichtige Arbeit, mit der schlussendlich Geld eingespart werden kann. Mein Antrag enthält zusätzlich 100 000 Franken für die stufenübergreifende Förderung von DaZ. Auch hier herrschte Konsens, dass DaZ gerade in der Berufsbildung eine wichtige Unterstützung ist. Es hilft nachhaltig dabei, Lernenden mit Defiziten in der deutschen Sprache besser in die Berufswelt zu integrieren. Selbstverständlich wird auch mit dieser Massnahme schlussendlich Geld gespart. Auch hier sind Sie aber kurzfristig der Meinung, 100 000 Franken streichen zu müssen. Sie haben von der Regierung verlangt, Vorschläge zu liefern, das tut sie. Sie haben nun aber die Möglichkeit, diesen Vorschlag abzulehnen. Es ist nicht sinnvoll an den Orten Geld zu sparen, an denen es uns schlussendlich mehr kostet. Ich bitte Sie, beiden Anträgen zuzustimmen.

Eliane Graber: Die Regierung hat hier eine Priorisierung für das Budgetjahr 2026 vorgenommen. Vor dem Hintergrund der vertieften Diskussionen in den Fachkommissionen sowie in der PFK soll aus Sicht der Mitte-Fraktion eine Entschädigung der Klassenlehrpersonen an den Berufsfachschulen zum nächstmöglichen Zeitpunkt geprüft werden. Ob wir das auf einem hängigen Vorstoss aufbauen oder selbst einen Vorstoss einreichen, wie wir es für richtig halten, prüfen wir noch. Mit Blick auf den Antrag zum Voranschlag 2026 hält die Mitte-Fraktion am Gesamtpaket des Regierungsrates und der von ihm getroffenen Priorisierung fest und lehnt die beiden Anträge 10 und 11 ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich kann nur dasselbe sagen, wie ich es schon mehrfach getan habe: Man kann den Bären nicht waschen, ohne dass das Fell nass wird. Wir mussten Prioritäten setzen, das haben wir getan, auch konkret in diesem Fall. Ich bitte Sie, die beiden Anträge 10 und 11 abzulehnen.

Der Rat lehnt Antrag 10 von Angelina Spörri und Eva Lichtsteiner mit 72 zu 44 Stimmen ab.

Der Rat lehnt Antrag 11 von Urban Sager mit 71 zu 44 Stimmen ab.

Antrag Guido Müller zu S. 11, H3-3550 - Kultur und Kirche / S. 237, Konto 36363500, B 63: Das neue Kulturförderungsgesetz ist noch nicht beraten. Hier soll eine Stelle auf Vorrat geschaffen und anteilig finanziert werden. Kürzung Globalbudget um 90 000 Fr., was 60% der neu geplanten Stelle von 150 000 Fr. im 80%-Pensum entspricht.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK nicht vor.

Guido Müller: Dieser Antrag führt zu keiner Verschlechterung des Budgets, sondern zu einer Verbesserung. Ich habe mir erlaubt, diesen Antrag auf Streichung dieser Stelle einzureichen, da ich davon ausgehe, dass es im Zusammenhang mit der aufgetretenen Hektik der letzten Wochen vergessen ging, diese Stelle zu streichen. Unser Finanzdirektor führt mehrmals im Jahr aus – meistens mit einem kleinen Lächeln auf den Stockzähnen –, dass die Regierung nur Aufträge ausführe, die sie vom Parlament erhalten habe und sie selbst nie auf die Idee kommen würde, neue Stellen zu schaffen. In diesem Fall scheint dies aber nicht so zu sein, denn die Diskussion über meine Motion, die ich vor über einem Jahr eingereicht habe, fand noch nicht statt. Zwischenzeitlich wurde die Motion immerhin beantwortet aber noch nicht traktandiert. Bei der Motion geht es um die Festlegung und die Festschreibung eines Selbstfinanzierungsgrades für die Kulturbetriebe. Heute Morgen wurde bekannt gegeben, dass die Botschaft über das neue Kulturförderungsgesetz vorliegt und publiziert wird. Diese Diskussion wurde also noch nicht geführt. So dezidiert sich die Regierung gegen höhere Eigenfinanzierungsvorgaben für das Luzerner Theater wehrt, so stark setzt sie sich für eine neue Stelle für den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe ein. Sie findet, dass mit dem jährlichen Fördervolumen von 32 Millionen Franken eine entsprechende Koordinationsstelle geschaffen werden müsste. Eine Koordinationsstelle, die bei einem 80 Prozent-Pensum 150 000 Franken kosten soll, um zu kontrollieren, ob gewisse Vorgaben eingehalten werden, über die wir gar noch nicht diskutiert haben. Angesiedelt werden soll die Stelle bei der kantonalen Dienststelle für Kultur. In diesem Fall schafft die Regierung eine Stelle auf Vorrat, da sie den Auftrag des Parlaments scheinbar noch nicht erhalten hat. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen und die entsprechende Diskussion zu führen, wenn das Geschäft traktandiert ist. Dann wird entschieden, was eine Mehrheit unseres Rates will. Wenn man sich für die Schaffung dieser Stelle entscheidet, kann man das tun. Aber ich wehre mich gegen die Schaffung einer Stelle auf Vorrat, denn in den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie es schwierig ist, einmal geschaffene Stellen wieder abzubauen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Irina Studhalter: Mit der gleichen Argumentation wie der Antrag selbst, bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Das neue Kulturförderungsgesetz wurde noch nicht beraten, so lautet die Argumentation. In der Vernehmlassung wurde es durchaus positiv aufgenommen. Ich bin optimistisch, dass wir bald davon lesen werden und darüber befinden können. Die Grüne Fraktion unterstützt das proaktive Vorgehen der Regierung in diesem Dossier. Wir wollen bei der Kulturförderung keinen Marschhalt. Wir wollen das Ganze nicht torpedieren, denn genau das wäre der Effekt dieses Antrags. Die Grüne Fraktion lehnt den Antrag ab.

Claudia Huser: Zuerst dachte ich, es sei korrekt, diesen Antrag zu unterstützen. Ich bin auch der Meinung, dass wir dieses Gesetz noch nicht beraten haben und deshalb keine Stelle geschaffen werden muss. Im AFP ist aber festgehalten, dass es nicht um eine Stelle im Kulturförderungsgesetz geht, sondern um einen Beitrag an den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe für eine Geschäftsstelle. Somit hat das nichts mit dem Kulturförderungsgesetz zu tun. Ich muss hier leider korrigieren, die Intention ist das eine, aber der Antrag ist ein anderer. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Im Rahmen des Zweckverbandes Grosse Kulturbetriebe ist die Weiterentwicklung der Organisation geplant. Hier geht es um eine Optimierung der verschiedenen Betriebe. So hat der Zweckverband die Schaffung einer Geschäftsstelle beschlossen. Dies erfolgt unabhängig vom neuen Kulturförderungsgesetz und wird dort keinen Eingang finden. Wo diese Stelle Eingang gefunden hat, ist in der Eignerstrategie und damit in der Beteiligungsstrategie. Diese haben wir in Ihrem Rat beraten und es wurde nicht

darüber diskutiert. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 95 zu 17 Stimmen ab.

Antrag Pia Engler zu S. 12, H4-5020 Gesundheit / S. 248, 36348525 IC, B 63: Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen für die Lups AG sind von 21,338 Mio. Fr. auf 23,338 Mio. Fr. zu erhöhen, damit statt 3 Mio. Fr. die benötigten 5 Mio. Fr. für den Abbau von Wartezeiten für Kinder und junge Erwachsene investiert werden können.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Pia Engler: Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) für die Luzerner Psychiatrie (Lups) sind um 2 Millionen Franken auf 5 Millionen Franken zu erhöhen für den Abbau der Wartezeiten für Kinder und junge Erwachsene. Mit der Verabschiedung des Planungsberichts über die psychische Gesundheit im Dezember 2021 haben wir ein klares und unmissverständliches Ziel gesetzt, nämlich von den damaligen Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr wegzukommen und diese auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Fakt ist, dass wir es gerade einmal geschafft haben, den Status quo zu halten und dagegen zu halten, dass sich die Wartezeiten noch nicht weiter verlängert haben. Wir haben das uns gesetzte Ziel, den Abbau der Wartezeiten, trotz erfolgter Massnahmen nicht erreicht. Wir wissen seit einiger Zeit, dass zum Beispiel die Corona-Pandemie oder auch die geopolitischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren dazu geführt haben, dass sich die psychische Gesundheit der jungen Menschen weiter und besorgniserregend verschlechtert hat. Rund 30 Prozent der jungen Menschen fühlen sich stark psychisch belastet und leiden an psychischen Erkrankungen. Wer an der Eröffnung des Kriseninterventionszentrums des Lups diesen Herbst in Kriens dabei war, hat es von Regierungspräsidentin Michaela Tschuor klar gehört: «Wir sind noch lange nicht über den Berg, es braucht weitere massive Anstrengungen.» Weil wir das erklärte Ziel vom Abbau der Wartezeiten klar verfehlt haben, wollen wir mehr Ressourcen einsetzen. Aus unserer Sicht müssen wir massiv mehr und umfassendere Anstrengungen unternehmen, damit wir die jungen Menschen heute unterstützen können, in einer schwierigen Zeit ihren Weg zu finden. Übernehmen wir die Verantwortung, nehmen wir das uns gesetzte Ziel ernst, die Wartezeiten zu reduzieren. Wo wollen wir die zusätzlichen Ressourcen einsetzen? Wir sehen in der integrierten Versorgung, die notabene auch Aufgabe der Lups ist und über die GWL finanziert wird, ein nicht ausgeschöpftes Potenzial, zum Beispiel in der Verbesserung und Stärkung der Zusammenarbeit und bei Schnittstellen mit Schulen und Bildungsstätten. Junge Menschen, die in eine psychosoziale Krise geraten, durchlaufen unser Schul- und Bildungssystem. Wir müssen übergreifender und vernetzter denken und arbeiten. Hier soll in Zukunft noch stärker angesetzt werden. Erst wenn wir es schaffen, früh an den jungen Menschen zu sein, wenn sich Krisen entwickeln und wir frühzeitig präventiv ansetzen können, werden wir einen positiven Einfluss auf die Wartezeiten nehmen können, indem weniger junge Menschen in die Situation kommen, die psychiatrischen Dienste überhaupt in Anspruch nehmen zu müssen. Wir dürfen also keine Zeit verlieren. Erlauben Sie mir auf einen Zusammenhang hinzuweisen: Gerade vorhin haben wir eine Kürzung beschlossen, auf die Entlastung der Klassenlehrpersonen für die Begleitung von Lernenden in belastenden Situationen an den Berufsschulen wird verzichtet. Das sind genau diese jungen Menschen, die irgendwann in die Spirale geraten und diese Unterstützung benötigen, aber genau diese Wartezeiten vorfinden. Wir müssen früher mit präventiven Massnahmen beginnen. Ich bedauere es sehr, dass wir es nicht schaffen, diese vernetzte Denkweise anzuwenden und uns mehr mit der Bildung und der Schule zu vernetzen, damit wir die jungen Menschen erreichen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Hannes Koch: Die psychiatrische Versorgung befindet sich mitten in einer grossen Herausforderung. Die Lups konnte zwar Stellen aufbauen und die Wartezeiten verbessern, diese sind aber nach wie vor zu lange. Mit der Erhöhung der GWL würde der Lups der Spielraum gegeben, dass sie auch die Schulen unterstützen und diese gelingende Zusammenarbeit ausbauen kann. Jedes Kind oder jede junge erwachsene Person, die präventiv aufgefangen werden kann, ist ein Gewinn und es können Kosten eingespart werden. Der Lups muss die Möglichkeit gegeben werden, dass sie diese Strukturen anpassen kann, damit bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die grösstmögliche Wirkung erzielt werden kann. Deshalb unterstützt die Grüne Fraktion den Antrag.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Lups befindet sich aktuell im Prozess, die erforderlichen Personen zu rekrutieren, um die Wartezeiten im Bereich Psychiatrie reduzieren zu können. Ein Ausbau ist im Voranschlag auch 2026 eingeplant. Dieser Ausbau erfolgt aber in Absprache mit der Lups. Die Lups erachtet es als nicht realistisch, mehr Fachkräfte auf dem Personalmarkt rekrutieren zu können, als im Voranschlag eingestellt sind. Die präsentierten Zahlen wurden nicht gegen den Willen der Lups reduziert, sondern mit der Lups abgesprochen. Man erachtet es als nicht realistisch, mit mehr Mitteln auch das entsprechende Personal rekrutieren zu können. Daher bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 83 zu 30 Stimmen ab.

Antrag Michael Ledergerber zu S. 12, H4-5020 Gesundheit / S. 249, 36365205, B 63: Der Beitrag für den spezialisierten mobilen Palliativ Care Dienst ist um 150 000 Fr. zu erhöhen (total 850 000 Fr. - 100 000 Fr. ist der Beitrag für Palliativ Luzern).

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK nicht vor.

Michael Ledergerber: Die Mehrheit der Menschen in der Schweiz möchte zu Hause sterben. Palliativ Care Dienste übernehmen eine wichtige Rolle in den spitalexternen Versorgungsstrukturen der Palliativ Care. Durch Palliativ Care wird Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen und oder chronisch fortschreitenden Erkrankungen ein längeres Verbleiben zu Hause ermöglicht. Notfallüberweisungen in ein Akutspital werden reduziert und die Aufenthaltsdauer von Patientinnen und Patienten in Akutspitälern kann verkürzt werden, was wiederum kostensparend wirkt. Seit der Einführung der mobilen spezialisierten Palliativ Care Dienste Palliativ Plus im Jahr 2023 haben die erbrachten Dienstleistungen stark zugenommen. Das ist erfreulich und eine von uns und der Regierung gewünschte Entwicklung. Im Jahr 2023 wurden 10 600 Stunden und im Jahr 2024 bereits 14 200 Stunden erbracht. Der erhöhte Bedarf führt nicht in Zukunft, sondern bereits jetzt zwangsläufig zu einer Kostenunterdeckung und der gesetzliche Auftrag kann nicht mehr voll wahrgenommen werden. Die Kostenunterdeckung beträgt 2025 bis jetzt durchschnittlich 50 Franken pro Stunde. Wichtig ist dabei zu beachten, dass der Kanton Luzern noch nicht vollumfänglich mit Palliativ Plus abgedeckt ist. Mit dem zwingenden Ausbau werden die Palliativ Plus Leistungen im Jahr 2026 dementsprechend weiter zunehmen. Palliativleistungen müssen ganzheitlich angeschaut werden. Wir möchten sicherstellen, dass das Angebot nicht gefährdet wird und im ganzen Kanton angeboten werden kann. Ein Postulat der Mitte will ja im Grundsatz dasselbe und die Palliativ Plus stärken. Die Postulantin will eine Prüfung der Finanzierung zur Förderung der Information und will Netzwerke stärken oder Koordinationsaufgaben fördern. Ein gutes und wichtiges Anliegen, Gerda Jung. Bedenken Sie jetzt, dass es bald nichts mehr zu koordinieren, netzwerken oder informieren gibt, wenn der Verein Palliativ Plus seine Aufgaben wegen Unterdeckung nicht mehr erfüllen kann. Ich bitte Sie, bei diesem wichtigen

und sensiblen Thema kein finanzpolitisches Exempel statuieren zu wollen. Stellen wir die Bedürfnisse der Menschen in unserem Kanton ins Zentrum und nicht die Zahlen einer Excel-Tabelle. Hinter jeder Zahl stehen menschliche Schicksale und Lebensgeschichten. Lassen Sie sich das nochmals durch den Kopf gehen, bevor Sie darüber abstimmen.

Hannes Koch: Der spezialisierte mobile Palliative Care Dienst Palliativ Plus ist mit einem fixen Beitrag ausgestattet, der hälftig durch die Gemeinden und den Kanton finanziert wird. Wie prognostiziert und vor allem auch zu erwarten, haben die Fälle und damit die Leistungsstunden zugenommen, insbesondere in den ländlichen Regionen. Da aber der Betrag fix ist, wird er durch die Leistungsstunden geteilt und damit pro Stunde immer kleiner. Die Leistungen werden so nicht kostendeckend finanziert. Palliativ Care, sei es mobil oder in Institutionen wie einem Hospiz, ist wichtig und muss gestärkt werden. Das ist auch ein Anliegen unseres Rates und von verschiedenen Vorstössen. Deshalb ist eine kostendeckende Finanzierung zentral und wichtig. In der letzten Beratung haben wir den Antrag überwiesen, dass die Palliativ Plus-Leistungen überprüft werden sollen, damit in Zukunft eine Anpassung erfolgen kann. Die Zahlen zeigen aber bereits heute, dass die Stunden zunehmen und die Finanzierung dadurch nicht mehr ausreichend ist. Deshalb unterstützt die Grüne Fraktion den vorliegenden Antrag.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Diese Position steht in keinem Zusammenhang mit dem überarbeiteten Voranschlag, sondern bezieht sich auf den ursprünglichen Voranschlag, der im Oktober zur Diskussion stand. Das Angebot im Bereich Palliativ Care ist noch relativ jung. Die entsprechenden Erfahrungen müssen zuerst gesammelt werden. Danach können wir entscheiden, wie wir dieses Angebot weiterentwickeln wollen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 77 zu 33 Stimmen ab.

Antrag Michael Ledergerber zu 13, H5-5040 GSD – Soziales und Gesellschaft / S. 265, H5 - 5020 GSD - Soziales und Gesellschaft, 36365205: Das Globalbudget Soziale Einrichtungen nach SEG ist um 5 Mio. zu erhöhen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt. Das Gleiche trifft auch auf die Anträge 16 und 17 zu.

Michael Ledergerber: Das Gesetz über soziale Einrichtungen (SEG) regelt Leistungen für betreuungsbedürftige Kinder und Jugendliche Bereich A, mit Ergänzung Sonderschulung Bereich D, für Erwachsene mit Behinderungen Bereich B und für Suchttherapie Bereich C. In den jährlichen Leistungsvereinbarungen der SEG-Einrichtungen mit der Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) werden die Details der Leistungserbringungen, der Berichterstattung und der Finanzierung sowie maximale Leistungsmengen festgelegt. So weit, so gut. Die sozialen Einrichtungen im Kanton Luzern erbringen Leistungen von hoher Qualität. Ihre Mitarbeitenden gewährleisten täglich den Schutz und die Förderung der betreuten Menschen. Menschenwürde, Selbstbestimmung und Wahlfreiheit sind Leitmotive. Ein Fokus liegt auf Personalthemen, damit die sozialen Einrichtungen tragfähig, kompetent und handlungsfähig bleiben. Das, was sie soeben gehört haben, stammt aus dem Planungsbericht über soziale Einrichtungen SEG 2024–2027. Die Einrichtungen im Kanton Luzern erbringen Leistungen von hoher Qualität. Dazu braucht es gut ausgebildetes Personal, denn zunehmende psychische Belastungen fordern das System heraus. Schnittstellen, vor allem mit der Psychiatrie, werden wichtiger und müssen bewirtschaftet und verfeinert werden. Demografische Entwicklungen werden uns weiterhin fordern. Der Fachkräftemangel ist auch

in den SEG-Einrichtungen angekommen. Kurz gesagt: Die heutigen Pauschalen für SEG-Einrichtungen reichen nicht aus, um die tatsächlichen Kosten zu decken. Seit 2020 wird den SEG-Einrichtungen offiziell keine Reallohnentwicklung und kein Teuerungsausgleich gewährt, mit Ausnahme der beiden kantonalen Institutionen HPZ, welche Teil der kantonalen Verwaltung sind. Hinzu kommen die gestiegenen Sachkosten wie Energie, Lebensmittel usw. Alles oder vieles ist teurer geworden. Die heutigen Leistungspauschalen für SEG-Einrichtungen reichen nicht aus, um die tatsächlichen Kosten zu decken. Diese gefährliche Entwicklung ist schon länger zu beobachten, weshalb wir seit Jahren in jeder Budgetdebatte darauf hinweisen. Bis jetzt hat das noch nicht gewirkt, aber vielleicht heute. Langfristig werden Einrichtungen ihre Angebote nicht mehr anbieten oder aufrechterhalten können. Wir stehen an diesem Punkt. Die Fachkräfte werden nicht mehr gehalten und es müssen Qualitätseinbussen hingenommen werden. Konsequenz wird sein, dass dem Kanton Luzern Betreuungsplätze wegfallen und fehlen werden. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, langfristig zu denken, die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen zu gewährleisten und die Betreuungssituation im Kanton Luzern im SEG-Bereich zu sichern und nicht zu gefährden.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Leistungspauschalen der Luzerner SEG-Betriebe werden jährlich verhandelt und überprüft. Der Regierungsrat wird Ihrem Rat bei Bedarf einen entsprechenden Antrag unterbreiten, aber aktuell sehen wir das nicht. Ich bitte Sie, die Erhöhung des Globalbudgets um 5 Millionen Franken abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 83 zu 30 Stimmen ab.

Antrag Marcel Budmiger zu S. 13, H5-5041 Sozialversicherungen (Begründung Nr. 29): Das Budget für die individuelle Prämienvverbilligung (IPV) für das Jahr 2026 ist von 278,5 Mio. Fr. (Ausgangslage B 63a) um 5 Mio. Fr. auf 283,5 Mio. Fr. zu erhöhen. Das Globalbudget ist entsprechend zu erhöhen.

Marcel Budmiger: Wir werden in dieser Session zwei Anfragen über die individuelle Prämienvverbilligung (IPV) behandeln. Darin schreibt die Mitte unter anderem, dass die Krankenkassenprämien eine erhebliche Mehrbelastung für Familien und den Mittelstand darstellen. Mit unserem Antrag verfolgen wir zwei Ziele, einerseits genau diese Familien und diesen Mittelstand zu entlasten. Das fordern wir schon seit Jahren, leider mit nur wenig Unterstützung der Mitte, dafür mit Unterstützung des Bundesgerichtes. Ein Hinweis an die Mitte: Mit Ihren Fragen entlasten Sie die Familien und den Mittelstand nicht, mit unseren Anträgen schon. Sie können aber wieder sagen, dass die Entlastung möglichst rasch erfolgen soll. Aber möglichst rasch, das haben wir heute schon gehört, das ist jetzt. Zweitens möchten wir mit unserem Antrag das anstehende Kostenwachstum bei der IPV etwas abfedern und es somit kompatibler mit der bürgerlichen Finanzstrategie machen. Sie wollen nämlich das Ausgabenwachstum ans Wirtschaftswachstum anpassen. Dummerweise steigt die Prämienlast aber jedes Jahr stärker als die Wirtschaftsleistung. Von 2027 auf 2028 steht wegen Bundesvorgaben beziehungsweise dem Gegenvorschlag zur Prämienentlastungsinitiative der SP wieder ein Sprung von etwa 30 Millionen Franken an, die mehr in die Prämienvverbilligung investiert werden müssen. Das heisst, was wir heute nicht erhöhen, müssen wir in Zukunft erhöhen. Aber Sie wissen ja vermutlich, dass Ihre Vorgabe mit der Koppelung ans Wirtschaftswachstum zwar möglich wäre, aber ich glaube nicht, dass Sie selbst daran glauben. Anders kann ich das rhetorische Zurückrudern von Daniele Piazza von heute Morgen nicht deuten. Mittelstand entlasten, Familien entlasten: danke, wenn Sie Wort halten.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Man darf schon sagen, dass wir die Entwicklung der IPV definitiv nicht ans BIP angebunden, sondern Ihnen einen entsprechenden Erhöhungsantrag unterbreitet haben. Wir

wollen sicherstellen, dass auch im Jahr 2026 ein leicht erhöhter Anteil der Luzerner Bevölkerung gegenüber 2025 die IPV beziehen kann. Der Umstand der Prämienentwicklung ist uns nicht entgangen und ich glaube, dass wir adäquat darauf reagiert haben. Das Problem hat einen Stellenwert. Der Regierungsrat darf für sich in Anspruch nehmen, hier entsprechend gehandelt zu haben. Das ist ja letztlich auch der Grund, weshalb die Reduktion des Voranschlags unter anderem nicht ganz so ausgefallen ist, wie man sich das vielleicht gewünscht hat. Wir sind der Meinung, das ist gerechtfertigt. Ich bitte Sie, diesen zusätzlichen Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 84 zu 26 Stimmen ab.

Antrag Samuel Zbinden / Sara Muff zu S. 14, H7-2045 Förderung Klima und Energie (Begründung Nr. 31): Das Globalbudget ist um 7,217 Mio. Fr. zu erhöhen. Auf die Kürzung im Aufgabenbereich Förderung Klima und Energie im Budget 2026 ist zu verzichten.

Samuel Zbinden: Mit der Rückweisung des Budgets in der Oktober-Session wurde der Auftrag erteilt, bei politisch gewollten Ausgabensteigerungen nicht zu sparen. In der Debatte wurde mehrfach betont, dass bei politischen Leistungsaufträgen keine Kürzungen vorgenommen werden sollen. Der politische Leistungsauftrag in Bezug auf die Erhöhung des Aufgabenbereichs Förderung Klima und Energie ist glasklar: Der Kantonsrat hat sich mehrfach für eine Erhöhung des Globalbudgets im Sinn der Motionen für einen Klimafonds ausgesprochen. So auch in der Budgetdebatte im Oktober mit einer erneuten Bemerkung. Zudem geht es bei dieser Erhöhung um eine einmalige Ausgabe. Es geht weder um den vielfach genannten Stellenauswuchs noch um jährlich wiederkehrende Leistungen. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) hat im September sehr schön aufgezeigt, wie es die 12 Millionen Franken für den Klimafonds einsetzen will. Es würde konkret um die Dekarbonisierung der Prozessenergie, die Kreislaufwirtschaft und die Infrastruktur für die E-Mobilität gehen. Projekte bestehen, die man fördern möchte. Diese Investitionen sind zentral für die Luzerner Wirtschaft und das Gelingen der Energiewende. Es ist zu begrüßen, dass sich die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) mit einem Kommissionspostulat im Minimum dafür ausgesprochen hat, dass die Klimagelder wenigstens nächstes Jahr eingestellt werden sollen. Wir erwarten von der Regierung bei einer Überweisung dieses Postulats, dass dieser Auftrag endlich umgesetzt wird. Gleichzeitig hat unser Rat in der Vergangenheit schon mehrfach Anträge und Bemerkungen zum Klimafonds überwiesen. Deshalb: Verschiebe nicht auf morgen, was du heute kannst besorgen. Statt den Auftrag einfach mit dem nächsten AFP zu erteilen, können wir diese Gelder bereits jetzt einstellen. Die finanzielle Lage des Kantons lässt es absolut zu. Auch wenn man in Bezug auf den Klimafonds übergeordnet finanzpolitisch argumentiert, spielt es überhaupt keine Rolle, ob wir diese Gelder dieses oder nächstes Jahr einstellen. Es wird kein einziger Franken gespart durch diese Verschiebung. Wir schwächen einzig das Vertrauen der Bevölkerung und der Wirtschaft, dass wir bereit sind, den Franken in den Klimaschutz wirklich einzustellen. Die Botschaft dieses Entscheides ist, ja, wir wollen das schon, aber jetzt passt es gerade nicht. Beim Klima ist dieses Signal fatal. Wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen und die Kürzung abzulehnen.

Sara Muff: Ich schliesse mich dem Votum von Samuel Zbinden an: Es wäre klar, wofür die Gelder verwendet werden sollen. Wir werden aber wahrscheinlich hören, dass diese Gelder 2026 eh nicht komplett gebraucht werden können. Das heisst, falls Sie überhaupt diskutieren und uns Ihre Haltung ausnahmsweise auf fachlicher Ebene erklären. Das genannte Argument wäre aber keine Begründung, sondern eine Ausrede. Zudem geht es dabei auch um die Umsetzung von Vorstössen aus Ihren Reihen. Die Klimakrise richtet sich weder nach einem starren Deckel noch nach einem BIP und auch nicht nach unseren finanziellen Ressourcen.

Das haben wir auch in Luzern erlebt. 2020 standen Teile des Kantons unter Wasser. 2021 kam es zu erneutem Starkregen und Rekordpegeln, uns drohte eine überflutete Innenstadt. Im gleichen Jahr richtete Hagel massive Elementarschäden an. 2005 ging die Reuss über die Ufer, begleitet von Erdbeben und Überschwemmungen im gesamten Alpenraum. Hinzu kommen die stillen Krisen: Wasserknappheit, Hitze, Waldsterben, Ernteaufschläge, mehr Hospitalisationen, gerade bei den vulnerabelsten Menschen in unserem Kanton. Unsere Biodiversität bricht ein, Arten sterben aus oder kämpfen in diesem Moment mit gravierenden Folgen ums Überleben. Diese Liste ist noch lange nicht vollständig, aber ein Weckruf. Einer der zeigt, wie dringend wir handeln müssen. Deshalb beantragen wir, die Kürzung im Bereich Klima und Energie rückgängig zu machen. Wer jetzt kürzt oder reduziert, egal welches Synonym Sie verwenden wollen, verliert ein Jahr. Ein verlorenes Jahr in der Klima- und Energiepolitik ist kein administrativer Effekt, sondern ein grosses und teures Risiko. Ein Deckel von 1,2 Prozent mag in einer Excel-Tabelle funktionieren, in der Realität aber nicht. Werden die Ausgaben einfach verschoben, wird das zur grossen Gefahr mit noch gravierenderen Konsequenzen. Ja, es wird um ein Jahr verschoben. Aber dann gibt es noch den super durchdachten BIP-Deckel, der uns bei anderen, genau so wichtigen Themen einen dicken, gravierenden Strich durch die Rechnung macht. Deshalb bitte ich Sie, jetzt Verantwortung zu übernehmen und die Kürzung zurückzunehmen.

Simon Howald: In der RUEK-Sitzung vom 17. November 2025 haben wir das dringliche Postulat P 605 gemeinsam erarbeitet, um die Kürzung im Aufgabenbereich Förderung Klima und Energie für die nächste Periode zu korrigieren. Der zurzeit budgetierte Betrag für den Aufgabenbereich für das Jahr 2026 wird gemäss Aussage seitens BUWD keinen Einfluss auf die Förderbeiträge 2026 haben. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist dieser Antrag deshalb nicht nötig. Wir lehnen den Antrag ab und werden dem Postulat P 605 zustimmen.

Markus Bucher: Die Förderung von Massnahmen im Klima- und Energiebereich stützt die Mitte, wie wir das immer betont haben. Wir waren über diese Position in der Botschaft B 63a sehr erstaunt. Wir bestehen im Grundsatz auf den von unserem Rat in Auftrag gegebenen und verlangten 24 Millionen Franken, insbesondere auch, weil es sich um einmalige Ausgaben handelt, also um nicht wiederkehrende und nicht mit einem Personalausbau verbundene. Aber wir sehen die Möglichkeit, dass diese 24 Millionen Franken gestaffelt eingestellt werden können. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Antrag ab. Das Postulat P 605 der RUEK werden wir unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Weshalb? Aus zwei Gründen. Einerseits sind die im Klima- und Energiebericht eingestellten Massnahmen, die wir mit Ihnen diskutiert haben, vollständig ausfinanziert. Es ist nicht so, dass irgendeine Massnahme nicht umgesetzt werden kann und wir im Fahrplan Klima und Energie einen Rückschritt machen würden. Nein, es ist alles vollständig ausfinanziert. Man muss aber auch konsequent sein. 24 Millionen Franken sind 0,7 Prozent. Wenn Sie von einem Aufwandswachstum von 1,2 Prozent sprechen, sind 24 Millionen Franken bereits 0,7 Prozent. Für alles andere würden also noch 0,5 Prozent bleiben. Vor diesem Hintergrund ist eine gestaffelte Umsetzung dieses Wunsches von 24 Millionen Franken durch das Parlament durchaus angezeigt und ich glaube vertretbar und richtig.

Der Rat lehnt den Antrag mit 88 zu 30 Stimmen ab.

Antrag Simone Brunner zu S. 15, H8-2034 Wirtschaft / S. 323, B 63: Das Globalbudget zur Finanzierung von Massnahmen zur Standortförderung ist um 110 Mio. Fr. zu reduzieren.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK nicht vor.

Simone Brunner: Diesen Antrag habe ich in der letzten Session angekündigt. Es ist ein pragmatischer Vorschlag, wie Sie die kritisierte Ausgabensteigerungen in Bezug auf die Vorjahre lösen können: Minus 110 Millionen Franken für Massnahmen rund um die Standortförderung. Ich wurde gefragt, weshalb genau diese 110 Millionen Franken. Das sind die 110 Millionen Franken, die im Voranschlag 2026 zur Finanzierung des sogenannten Luzerner Innovationsbeitrags eingeplant sind. Man kann aber auch sagen, zur Finanzierung der Subventionen für Unternehmen. Weshalb braucht es diesen Betrag im Budget 2026 nicht? Einerseits, weil wir erst im September 2026 über die entsprechende Vorlage abstimmen werden. Andererseits, weil die finanzielle Steuerung über die Höhe des Luzerner Innovationsbeitrags über den AFP läuft. Geschätzte Damen und Herren der Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK), Sie wissen, dass wir die Höhe des Innovationsbeitrags nur über den AFP steuern können. Leider findet aber die 1. Beratung in der WAK erst Mitte Dezember statt. Das heisst, wir müssten hier eine Steuerung vornehmen, ohne dass wir diese Botschaft in der WAK beraten haben. Das sind unserer Meinung nach Gründe, um diese 110 Millionen Franken im Budget streichen zu können, da sie nicht politisch legitimiert sind. Politische Legitimation ist ja gemäss Ihrem Rückweisungsantrag eines der wichtigsten Kriterien, weshalb entsprechende Beiträge nicht gekürzt werden sollen. Ich möchte aber noch einen weiteren Punkt aufgreifen. Ist es realistisch, dass wir diese 110 Millionen Franken 2026 brauchen, wenn das Gesetz im Herbst beschlossen wird? Wir werden dieses Geld wohl kaum innerhalb von drei Monaten ausgeben. Wenn wir es 2026 nicht brauchen, wird es ins Jahr 2027 übertragen. Das heisst, dass die Gelder, die für Subventionen für Grosskonzerne zur Verfügung stehen, noch mehr wachsen. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Samuel Zbinden: Ich kann mich dem Votum von Simone Brunner anschliessen. Ich finde es unglaublich, wenn man an die Dimensionen denkt, über die wir heute sprechen. Wir machen das Budget zu einer grossen Übung, beschäftigen die Verwaltung, die Kommissionen und uns selbst wochenlang, um bei der Bevölkerung, der Bildung, der Digitalisierung und dem Klima einmalig ungefähr 19 Millionen Franken einzusparen. Wenn es aber darum geht, grossen Konzernen jährlich, nicht einmalig, weit über 100 Millionen direkt an Subventionen auszubezahlen, auf welche die Unternehmen überhaupt nicht angewiesen sind, muss es plötzlich ganz schnell gehen und man kann die Spendierhosen anziehen. Das Ausgabenwachstum für diese jährlichen Millionenbeträge zugunsten von ein paar wenigen internationalen Grosskonzernen müsste eigentlich jedem bürgerlichen Finanzpolitiker grosse Bauchschmerzen bereiten. Die WAK wird im Dezember die 1. Beratung zur Standortförderung durchführen. Die Volksabstimmung ist erst im Herbst 2026. Wir stellen dieses Geld aber bereits munter ein, ohne dass sich der Kantonsrat zum Inhalt, geschweige denn zur Höhe des Förderprogramms äussern konnte und ohne die Zustimmung der Bevölkerung. Die Höhe ist also noch nicht demokratisch legitimiert. Auch wenn man inhaltlich der Meinung ist, dass das Programm gut ist, rein aus Prozesssicht ist es aus unserer Sicht nicht in Ordnung, diesen Betrag bereits jetzt einzustellen. Die Grüne Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Michael Ledergerber: Ich möchte nochmals auf den Antrag von Guido Müller zurückkommen. Diejenigen, die der Argumentation von Guido Müller im Zusammenhang mit diesen 90 000 Franken, über die unser Rat noch nicht befunden hat, aber die bereits budgetiert sind, gefolgt sind, können auch dem vorliegenden Antrag zustimmen. Es geht um das Gleiche: Wir haben eine Botschaft, über die wir erst noch befinden und die Bevölkerung im Herbst darüber abstimmt. Im Budget stellen wir aber bereits jetzt 110 Millionen Franken ein. Daher können Sie dem Antrag mit gutem Gewissen zustimmen, ganz im Sinn von Guido Müller, wonach man nichts ausgeben soll, über das man noch nicht gesprochen hat.

Priska Fleischlin: Jetzt ist die letzte Gelegenheit, um sich zu dieser sehr schwierigen und absurden Debatte zu äussern. Einerseits wurden die SP und die Grünen bei Ihrem Vorhaben nicht eingebunden, den Voranschlag derart zu kürzen. Sie haben alle sozialen Themen in die Kürzungen mit einbezogen. Wir haben gekämpft, sowohl in der Oktober-Session als auch in allen Fachkommissionen und auch heute, um ein Mü Soziales aus Ihnen zu pressen. Ein paar Millionen, im Vergleich zu dem, was wir hier haben, ist das nichts. Sie haben stur nur auf die Wirtschaftsförderung gesetzt und alle sozialen Themen partout ausgebremst. Morgen wollen Sie in die Kirche gehen und nett sein? Sie müssen nicht in die Kirche gehen, denn hier hätten Sie die Möglichkeit gehabt, um sozial zu sein. Sie haben Ihre Verantwortung nicht wahrgenommen, die in der Kantonsverfassung festgehalten ist und verlangt, dass wir den solidarischen Auftrag haben, die eingenommen Steuergelder dort auszugeben, wo es nötig ist. Uns wird aber vorgeworfen, dass wir mit unserem Ablehnungsantrag zum Budget einen budgetlosen Zustand herbeiführen wollen, nachdem Sie uns ausgeschlossen haben. Das geht nicht auf. Sie haben absolut keine Kompromissbereitschaft gezeigt. Wir sind nicht diejenigen, die das Budget ablehnen, sondern die gegen alle diese Kürzungen sind, die Sie etwa auf dem Buckel von jungen Menschen austragen, die sich in der Ausbildung befinden und eine psychiatrische Versorgung benötigen. Sie bremsen die Digitalisierung. Deshalb setzen wir von der SP ein Zeichen und lehnen das Budget ab.

Markus Bucher: Zum Votum von Priska Fleischlin muss ich einfach Stellung nehmen. Wir erhöhen das Budget nächstes Jahr um 350 Millionen Franken. Nehmen wir ihre Gelder noch weg, sind es immer noch über 200 Millionen Franken. Wir bauen netto gesehen 180 neue Stellen auf. Wie kann man dabei von Sparen und einem Leistungsabbau sprechen und auf die Tränendrüsen drücken? Das verstehe ich nicht. Wir geben nächstes Jahr viel mehr Geld aus und bauen die Leistungen massiv aus. Der Kanton Luzern befindet sich in einer Phase des Geldausgebens, wie es noch nie der Fall war. In den letzten fünf Jahren hat der Kanton Luzern Ausgaben für über 1 Milliarde Franken mehr getätigt – 1 Milliarde Franken – und über 1000 neue Stellen geschaffen, Vollzeitstellen, wohlgemerkt. Die Staatsquote hat eine Höhe erreicht, wie noch nie seit der Existenz des Kantons Luzern. Das aktuelle Parlament, dem ich heute und morgen noch angehöre, wird als dasjenige in die Geschichte eingehen, welches das Geld mit vollen Händen ausgegeben hat. In dieser Situation von Sparen, Abbau usw. zu sprechen ist weltfremd. Ich kann das nicht nachvollziehen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir haben von Ihrem Rat in der Oktober-Session einen klaren Auftrag erhalten. Im Rahmen dieses Auftrags haben Sie definiert, wo Sie Aufwandreduktionen wünschen und wo Sie explizit erwarten, dass wir keine vornehmen. Der Bereich Standortförderung war einer davon. Mir ist es aber auch ein Anliegen, nochmals klar zum Ausdruck zu bringen, dass wir der Überzeugung sind, dass die Standortförderung für die Aufrechterhaltung der Attraktivität des Kantons Luzern wichtig ist. Die Standortförderung umfasst mehr als nur Beiträge an Unternehmen. Es ist auch ein Programm, von dem die Luzerner Bevölkerung mit ganz unterschiedlichen Massnahmen profitieren kann. Wir sind überzeugt, dass es ein austariertes Paket ist. Zum Formalen: Selbstverständlich kommt es immer wieder vor, dass wir etwas im Voranschlag einstellen, das noch nicht beschlossen wurde. Sonst wäre es im kommenden Jahr ja gar nicht möglich. Ich bitte Sie, diese Praxis nicht anhand dieses Beispiels infrage zu stellen, sondern bleiben wir dabei. Wir stellen den Betrag ein und die politische Diskussion wird hier im Rat und danach an der Urne geführt. Dann entscheiden wir, ob das Paket umgesetzt wird oder nicht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 89 zu 28 Stimmen ab.

Es folgen Fraktionserklärungen.

Für die SP-Fraktion spricht Simone Brunner.

Simone Brunner: Was haben Sie mit dem Rückweisungsantrag erreicht, geschätzte Damen und Herren der Mitte, FDP und SVP? In zentralen Bereichen werden Menschen in unserem Kanton die Konsequenzen Ihrer kopflosen Finanzpolitik spüren, weil Leistungen nicht oder nur verzögert ausgebaut werden. Hier im Rat demokratisch beschlossene Vorhaben werden aufgeschoben und möglicherweise nie umgesetzt. Markus Bucher, Sie befinden sich wahrscheinlich in der Situation, ein privilegiertes Leben führen zu können und gesund zu sein. Deshalb werden Sie persönlich von Ihrer Finanzpolitik möglicherweise nichts spüren. Aber vielen Menschen in diesem Kanton ergeht es anders. Und wer sind diese Menschen, die die Konsequenzen Ihrer bürgerlichen Finanzpolitik zu tragen haben? Die Streichung der Entschädigung für Berufsschullehrpersonen, die Lernende in belastenden Situationen begleiten, trifft junge Menschen direkt. Lernende an den Berufsfachschulen befinden sich in einer anspruchsvollen Lebensphase und brauchen Unterstützung. Die Klassenlehrperson ist oft die erste Ansprechperson. Statt sie zu entlasten, bleiben ihre Aufgaben weiterhin sehr anspruchsvoll und vielschichtig, und damit kann die pädagogische Qualität sowie die optimale Betreuung der Lernenden leiden. Der Verzicht auf Bildungskonten für Erwachsene mit geringen finanziellen Mitteln sowie auf Stipendien für nachholende Berufsabschlüsse ist kurzsichtig. Bildung ist die effektivste Form der Armutsbekämpfung. Wenn diese Menschen den Anschluss an den Arbeitsmarkt verpassen, steigen die langfristigen Kosten deutlich. Sie haben zwar einen reduzierten Voranschlag, aber langfristig gesehen kommt es zu einem Bumerang. Ich schaue zur Mitte: Bildung ist eines Ihrer Kernthemen. Der eigene Grundsatz gemäss Ihrem Parteiprogramm, dass «die Planung im Bildungsbereich mittel- und langfristig verlässlich und solide sein muss», wurde mit Ihrer Finanzpolitik über Bord geworfen. Der Aufbau von KI-Kompetenzen und die Digitalisierung gemäss kantonaler Digitalstrategie geraten ins Stocken. Die Streichung von rund 19 Vollzeitstellen bremst die vom Parlament geforderte Digitalisierung aus. Der Kanton riskiert, weiter zurückzufallen und seine Innovationskraft nachhaltig zu schwächen. Und wer sind die Betroffenen in diesem Themenbereich? Betroffen sind die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Bevölkerung und die Rekrutierung von Fachpersonal, die dadurch erschwert wird. Diese Fachkräfte hätten wir vielleicht rekrutieren können, aber vielleicht arbeiten sie nächstes Jahr für die Privatwirtschaft oder bei anderen Kantonen. Ich schaue dieses Mal zur FDP: Infrastruktur und Digitalisierung gehören zu Ihren Schwerpunkten. Auf Ihrer Webseite verlangen Sie, dass die Dienstleistungen der digitalen Verwaltung schneller ausgebaut werden und überall erreichbar sind. Auch diesen eigenen Grundsatz haben Sie mit Ihrer eigenen Finanzpolitik über Bord geworfen. Im Klima- und Umweltbereich setzt sich der widersprüchliche Kurs von Mitte und FDP fort. Die ursprünglich vorgesehenen 24 Millionen Franken für den Klimafonds werden auf weniger als 5 Millionen Franken gekürzt. Zentrale Projekte für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und CO₂-Reduktion werden stark ausgebremst. Der Kanton verliert deutlich an Tempo bei der Umsetzung seiner Klimaziele, und dafür tragen Sie von der Mitte und der FDP die Verantwortung. Die GLP-Fraktion hat das Grün in ihrem Parteinamen mit der Ablehnung zum Antrag der Gelder für den Klimafonds heute verloren. Was bedeutet Ihre Budgetpolitik für unseren Kanton? Was heisst das wirtschaftspolitisch betrachtet? Wirtschaftspolitisch ist doch Ihre Lieblingsbrille, wenn Sie die Politik in diesem Kanton anschauen. Ein zentraler Standortfaktor, die Bildung, wird geschwächt. Ein weiterer Standortfaktor, die Digitalisierung, wird verschlafen. Und ein dritter Standortfaktor, die intakte Umwelt, wird systematisch erodiert. Diese Standortfaktoren – Bildung, Digitalisierung und eine intakte Umwelt – stärken unseren Kanton als Ganzes. Sie nützen der Bevölkerung, den Betrieben, dem Arbeitsmarkt. Es sind die Voraussetzungen dafür, dass unser Kanton langfristig lebenswert bleibt. Doch

während Sie genau diese gesamtgesellschaftlichen Standortfaktoren schwächen, schonen Sie ausgerechnet jene Massnahmen, die einzig der Standortförderung von Grosskonzernen zugutekommen. Sie wollen 110 Millionen Franken ins Budget aufnehmen, die einzig und allein diesen Grosskonzernen in unserem Kanton zugutekommen. Der kleine Mann, die kleine Frau und die Menschen dazwischen werden die Folgen Ihrer Finanzpolitik spüren. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben. Eine ausführlichere Replik auf das Rössli-Spiel der Mitte Partei: Die «Luzerner Zeitung» schrieb kürzlich: «Bei der Mitte sei man zudem erstaunt gewesen, dass die Regierung ausgerechnet die halbe Lektion für das 1. Lehrjahr der Berufsschullehrpersonen im Rahmen der Budgetsenkung gestrichen habe». Ja, das ist die logische Konsequenz, wenn Sie einen offen formulierten Rückweisungsantrag stellen und nur drei Bereiche davon ausnehmen. Und wenn Sie in der Oktober-Session merken, dass weitere Bereiche ausgenommen werden müssten, aber der Mut fehlt, den Antrag zu präzisieren. Und wenn Sie schliesslich all unsere Anträge ablehnen, die genau diese Leistungsbereiche hätten schützen wollen, ja dann macht eben die Regierung Vorschläge. Sie haben der Regierung den Ball zugspielt. Sie hätten heute die Möglichkeit gehabt, das zu korrigieren. Sie tun es nicht und wählen stattdessen den Weg über einen Vorstoss, um das Thema der Berufsschullehrpersonen wieder auf den Weg zu bringen. Es steht aber in den Sternen, ob Sie das nächste Jahr zahlen wollen. Die Mitte ist die wählerinnen- und wählerstärkste Partei dieses Kantons. Das finanzpolitische Theater, das diese Partei in den vergangenen Wochen veranstaltet hat, ist weder staatstragend noch vertrauensbildend. Und vertrauensbildend ist es auch nicht, wenn Sie den Weg über die Hintertür wählen, um bestimmte Bereiche wie den Planungsbericht Gesundheit von Kürzungen auszunehmen, indem Sie bilaterale Gespräche führen, statt im Parlament Farbe zu bekennen. Das wäre transparent für uns und die Bevölkerung. Ein Blick in die Zukunft: Nach dieser Debatte ist eines klar: Das BIP taugt nicht als Steuerungsinstrument für staatliche Aufgaben und Ausgaben. Das Bruttoinlandprodukt ist als makroökonomische Kennzahl unzureichend, um seriöse Finanzpolitik machen zu können. So lautet die Meinung zahlreicher renommierter Ökonomen und Ökonomen. Ich hoffe, dass auch Sie nach dieser ganzen Übung zur Einsicht kommen, dass das heilige BIP doch nicht das Wahre ist. Wir beraten in dieser Session zahlreiche Vorstösse von Ihnen, die wir von der SP unterstützen oder teilweise unterstützen. All diese Vorstösse, vorwiegend seitens der Mitte, verursachen Kosten. Gleichzeitig stehen wichtige Investitionen an, wie der von der Bevölkerung angenommene Gegenvorschlag zur Kita-Initiative. All diese Investitionen und Ihre politischen Vorhaben sind nicht möglich, wenn Sie sich das BIP als Wachstumskorsett auferlegen. Wir haben im FLG bereits eine Schuldenbremse und ein statistisches Ausgleichskonto. Wir brauchen kein zusätzliches finanzpolitisches Steuerungsinstrument, das uns künstlich ein weiteres Korsett aufzwingt. Darum bitte ich Sie, geschätzte BIP-Jüngerinnen und -Jünger, lassen Sie künftig die Finger von diesem Indikator. Er erzählt nicht die ganze Geschichte der Luzerner Volkswirtschaft. Zum Schluss ein Appell an unsere gemeinsame Verantwortung: Ich möchte, dass wir unseren Kanton gemeinsam über Parteigrenzen hinweg gestalten und uns an demokratische Beschlüsse halten. Ich wünsche mir eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir müssen und werden nicht immer einer Meinung sein. Aber für eine funktionierende Zusammenarbeit brauchen wir einen gemeinsamen politischen Nordstern. Dieser Nordstern sind das Legislaturprogramm, die Planungsberichte und die vom Rat überwiesenen Vorstösse, mit einem Auftrag zur Prüfung oder einem neuen Gesetz. Diese Nordsterne geben uns und der Regierung die Richtung vor, damit das politische Handeln zum Wohle der Bevölkerung an unseren Beschlüssen ausgerichtet werden kann. Ich schliesse mit einem Zitat von Maja Göpel ab, das meines Erachtens sehr gut zur aktuellen Debatte passt. «Die Zahlen können niemals die ganze Geschichte darüber erzählen,

worum sich das Leben auf der Erde dreht. Die Welt lässt sich nicht ohne Zahlen verstehen, sie lässt sich aber auch nicht durch Zahlen allein verstehen.» Und genau deshalb können wir diesen Voranschlag nicht unterstützen. Er bildet eben nicht die ganze Luzerner Geschichte ab – nicht das, was unseren Kanton stark macht, und nicht das, was für seine Zukunft notwendig wäre.

Für die Mitte-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Der Kanton Luzern wird nach der heutigen Beratung ein Budget für das nächste Jahr haben. Die Angst um einen drohenden budgetlosen Zustand, liebe GLP, war umsonst. Vorab erlaube ich mir einen kleinen Hinweis an die linke Seite dieses Rates. Sie haben sich auch heute wieder als angeblicher Anwalt der Luzerner Bevölkerung, der Minderheiten, der Natur, der Gemeinden usw. aufgespielt. Ich bin seit gut zehn Jahren in diesem Rat und habe mich langsam an dieses Wording gewöhnt. Wahrscheinlich könnte das Budget alle Ihre Erwartungen erfüllen und alle Ihre Forderungen abdecken; Sie fänden auch dann ganz bestimmt wieder etwas zu meckern. Seit mehr als zehn Jahren machen Sie hier drin pauschale und grundsätzliche Oppositionspolitik, wenn es um die Finanzpolitik geht. Sie drücken auf die Tränendrüsen und reden unseren Kanton schlecht. Hier von Kompromissbereitschaft und verbesserter Zusammenarbeit zu sprechen, ist heuchlerisch. Ich gehe noch einen Schritt weiter. Wenn ich der Samichlaus-Ansprache meiner Vorrednerin zuhöre, frage ich mich, ob wir vom gleichen Kanton reden. Wie kann man bei diesem massiven Ausgaben- oder Leistungswachstum der letzten und künftigen Jahre so tun, als stünde der Kanton vor dem Abgrund? Das ist in meinen Augen Sand in die Augen unserer Bevölkerung gestreut, aber mit beiden Händen. Wenn ich heute schaue, wie die Finanzen, aber auch die Leistungen oder der Leistungsausbau unseres Kantons aussehen, bin ich sehr froh, dass wir in diesem Rat in der Finanzpolitik in den letzten 20 Jahren nicht auf Sie gehört haben. Seit sieben Jahr sieht unser Budgetprozess die Möglichkeit einer Rückweisung und Neuberatung im Dezember vor, ohne in einen budgetlosen Zustand zu geraten. Zum ersten Mal haben wir uns von dieser Option bedient. Es ist zu hoffen, dass dieses Instrument in Zukunft nur im Notfall, sozusagen als Ultima Ratio eingesetzt werden muss. Die Rückweisung im Oktober war aber auch mit den heutigen Informationen richtig und wichtig. Wir haben damit nämlich zwei Dinge erreicht. Erstens: Das Budget 2026 hat eine flaches, aber immer noch ziemlich steiles Ausgabenwachstum. Der zweite Effekt ist aus Sicht Die Mitte aber der wichtigere: Wir haben mit dieser Rückweisung ein Zeichen gesetzt. Verbunden mit dem Zeichen ist die Hoffnung, nein die Erwartung, dass wir in Zukunft ein neues Verständnis entwickeln, wie wir gemeinsam – damit meine ich vor allem die Regierung und den Kantonsrat – die Finanzpolitik in unserem Kanton betreiben: Ein Verständnis, dass wir als Kantonsrat bei den Entscheidungen wo, in welchem Umfang und mit welcher Priorität wir unsere Mittel einsetzen, erhöhen oder senken wollen. Aber auch das Verständnis, dass wir von der Regierung eine Priorisierung erwarten, wie wir sie in den letzten Jahren immer wieder verlangt haben. Was heisst das konkret? Wir erwarten von der Regierung, dass neue Aufgaben, Erhöhungen von Globalbudgets grundsätzlich im Jahr 2 bis 4 im AFP eingestellt werden. Diese können wir in der Mittelfristfinanzberatung im AFP diskutieren. Das Budget aber soll primär das «Abfall-Produkt» des Vorjahres-AFP sein. Ich erlaube mir zwei Beispiele: Attraktivierung Lehrerlöhne und Digitalisierung Schulen. Beide Massnahmen sind für die Mitte unbestritten und für den Kanton Luzern wichtig. Aber beide Massnahmen wurden von der Regierung prioritär im Budgetjahr eingestellt. Diese Kurzfristigkeit ist aus unserer Sicht aus finanzpolitischer Sicht, aber auch aus sachpolitischer Sicht falsch. Eine schrittweise Einführung hätte die finanzpolitische Diskussion verbessert, aber auch die Umsetzung wäre planbarer und professioneller gewesen. Wenn es in Zukunft Gründe gibt, von diesem

Grundsatz abzuweichen und neue Aufgaben oder Globalbudgeterhöhungen im Budgetjahr einzustellen, erwarten wir von der Regierung wie in den letzten drei Jahren gefordert eine detaillierte Begründung analog den Regeln bei den Nachtragskrediten. In diesem Zusammenhang insbesondere auch eine Aussage dazu, warum die neue Aufgabe nicht mit dem bisherigen Globalbudget umgesetzt werden kann. Auf der anderen Seite braucht es aber auch ein neues Verständnis in unserem Rat. Das Verständnis nämlich, dass die geforderte Priorisierung von Leistungen der Regierung auch dazu führen kann, dass bestellte Leistungen, sprich überwiesene Postulate, von der Regierung nicht, noch nicht oder nicht sofort umgesetzt werden, weil sie die geforderte Priorisierung vornimmt. Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik bedingt, dass wir lernen, dieses Spannungsfeld aushalten zu müssen. Wir danken der Regierung, der Verwaltung, dem Kommissionendienst und allen anderen für die Mehrarbeit, welche für die Überarbeitung des Budgets notwendig war. Und wir hoffen, dass wir mit dieser Rückweisung und dem heutigen Budget in Zukunft einen gemeinsamen und professionelleren Umgang mit den Mehreinnahmen, aber vor allem auch mit den Mehrausgaben in unserem Kanton Luzern finden können.

Für die SVP-Fraktion spricht Rolf Bossart.

Rolf Bossart: Nein, es herrscht keine Weltuntergangsstimmung. Ich werde auch keinen «Bölimann» – Frauen sind damit auch gemeint – suchen. Die Revision des Voranschlags 2026 kann mit der vorliegenden Version mit gutem Willen als knapp erfüllt zur Kenntnis genommen werden. Gemäss den Vorgaben, dass Mehrausgaben nicht höher als das Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent oder etwas mehr erreichen dürfen, hätten durch die Regierung rund 31 Millionen Franken eingespart werden müssen. Das ist eine Faktenlage. Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Dazu braucht es verlässliche Zahlen oder Prozentsätze, sei es das BIP oder etwas anderes oder ein Gemisch davon. Das spielt keine Rolle. Bei den Unternehmungen habe ich mich beispielsweise an Branchenkennzahlen gehalten. Auch das ist eine Zahl, die man aber auch hinterfragen könnte. Am Ende des Tages kann man nicht mehr ausgeben als man einnimmt, mittel- und langfristig. Das scheint bei uns vorbeigezogen zu sein. Bei näherer Betrachtung stellt man fest, dass wenig an substantieller Art als vielmehr an den Planzahlen verändert worden ist. Von daher ist das Ziel nicht wirklich erreicht, oder gut gemeint – mit der minimalen Vorzeichenänderung – knapp erreicht. Diese Situation ist auch der Tatsache geschuldet, dass wir hier im Rat laufend Aufträge, welche Mehrkosten verursachen, erteilen und nicht standhaft durch das ganze Jahr zurückhaltend mit Voraussicht diese Aufträge kritisch prüfen bzw. entlang des Wirtschaftswachstums anpassen. Es werden Forderungen gestellt und im Nachhinein festgestellt, dass das Geld nicht reicht. Nachtragskredite sowie Forderungen nach höheren Steuern und Abgaben sind dann die Folge. Leistungskürzungen bzw. Minderausgaben kommen erst mal gar nicht in Frage und sind schwierig durchzusetzen. Also keine Sparübung, sondern eine Reduktion des Ausgabenwachstums, wie wir das öfters gehört haben. Kein erfolgreiches Unternehmen könnte mit solchen Planungen überleben. Bei den Beratungen in den Kommissionen wurden Minder- wie Mehrausgaben-Anträge eingereicht, welche nun im Sinn der ursprünglichen Haltung – zumindest der bürgerlichen Parteien – nicht unterstützt wurden. Das von der Regierung geschnürte Paket wurde nicht aufgebrochen, weil es ein zu hohes Risiko in sich birgt, was wir Gottseidank verhindern konnten. Niemand ist wirklich zufrieden mit dem heutigen Resultat – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, aber es ist ein klares Zeichen gesetzt worden, wie wir es in Zukunft haben wollen. Die bereits wieder angedachten und zum Teil eingereichten Anträge für das nächste und folgende Jahre (AFP) werden wir kritisch prüfen. Bei einem weiteren erhöhten Ausgabenwachstum entgegen dem Wirtschaftswachstum, mitunter einem weiteren Ausbau von Verwaltungsstellen, ohne

entsprechende Kompensationen und oder Reduktionen von Mehrausgaben werden wir sicher Gegenanträge stellen. Dies im Wissen, dass dies in einem Jahr, also wieder in der Budgetzeit, noch schwieriger sein sind, weil es dann vor den Wahlen ist.

Für die FDP-Fraktion spricht Patrick Hauser.

Patrick Hauser: In der Oktober-Session des Kantonsrates haben wir den Voranschlag zur Überarbeitung an die Regierung zurückgewiesen. Wie bereits anlässlich der damaligen Beratung ausgeführt, hat die FDP-Fraktion in den letzten Jahren im Rahmen der AFP-Beratung wiederholt zu einem weniger starken Ausgabenwachstum aufgerufen. Der Kantonsrat hat bei der 1. Beratung ganz bewusst gewisse Bereiche von Kürzungen ausgenommen. Wir waren uns damals im Klaren, dass der Zeitplan sportlich war, der geforderte Betrag aber realistisch machbar erschien. Das heute vorliegende Dokument erfüllt aus unserer Sicht die Forderungen des Kantonsrates grundsätzlich. Die Anpassungen gegenüber dem ersten Voranschlag stellen dabei keine Sparübung, wie das häufig behauptet wird, gegenüber dem Jahr 2025, sondern ein etwas geringeres Aufgabenwachstum dar. Wir erwarten von der Regierung auch in Zukunft eine klare Prioritätensetzung, wie das bereits von meinen Kollegen erwähnt wurde. Die Bemerkungen unseres Rates zu den Planjahren müssen berücksichtigt und nachhaltig umgesetzt werden. Somit stimmen wir heute dem revidierten Voranschlag der Regierung für das Jahr 2026 zu. Wir stimmen auch dem vorgeschlagenen Steuerfuss von 1,45 Einheiten zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Samuel Zbinden.

Samuel Zbinden: Klimafonds, Bildungskonten für Erwachsene, Entlastung für Klassenlehrpersonen an den Berufsschulen, Digitalisierung der Verwaltung, der Schulen, der Finanzkontrolle, Umsetzung der Digitalstrategie, Datenschutz, Standardkosten Bildung – und noch vieles mehr. All diese wichtigen Punkte werden mit dem vorliegenden überarbeiteten Budget 2026 gestrichen, gekürzt oder verschoben. Sparpotential: knapp 20 Millionen Franken. Auf der anderen Seite der Luzerner Innovationsbeitrag an grosse Konzerne, erneute Steuersenkungen, von der überdurchschnittlich reichere Menschen profitieren. Kostenpunkt: Mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr. Das ist kurz zusammengefasst das Fazit des überarbeiteten Budgets. Das sind die Prioritäten, die hier von der Mehrheit gesetzt wurden. Wir Grünen haben mit zahlreichen Anträgen versucht aufzuzeigen, welche Folgen diese Kürzungen inhaltlich haben. Sie schwächen den Kanton Luzern als modernen, digital fitten Bildungsstandort, sie schwächen den Klimaschutz, den Datenschutz, unsere Verwaltung und die Gemeinden. Zur inhaltlichen Kritik haben wir uns im Detail bereits ausführlich geäussert. Ich möchte aber auf drei grundsätzliche Punkte eingehen. Erstens, Thema Effizienz: Es gibt immer wieder Vorstösse und Voten von Ihrer Seite für mehr Effizienz – in der Verwaltung, beim Regierungsrat und bei uns selbst. Ich fände es spannend zu sehen, wie effizient diese Übung hier gewesen ist. Für einen minimalen Spareffekt, bei massiven jährlichen Überschüssen, haben wir jetzt die Regierung, die Verwaltung, die Kommissionen, unseren Rat und uns selbst wochenlang beschäftigt. Würden wir Grünen so eine Übung veranstalten, da würden wir aber etwas zu hören bekommen von bürgerlicher Seite. Die nachhaltige Sparwirkung, davon bin ich überzeugt, wird gleich null sein. Siehe Klimafonds, Klassenlehrpersonen, Standardkosten Volksschule – überall gibt es schon Postulate oder sie schwirren im Raum, dass das nächste Jahr nachgeholt werden soll. Verstehen Sie mich nicht falsch, das finden wir inhaltlich gut und das werden wir auch unterstützen. Aber es zeigt: Es geht gar nicht ums Sparen, sondern schlicht darum, jetzt mal etwas zu machen, ein Zeichen zu setzen. Das eingesparte Geld werden wir einfach nächstes Jahr ausgeben, zusätzlich zu den Kosten, die wir in der Verwaltung produziert haben. Auch im Digitalbereich glaube ich nicht, dass Kürzungen bei der Digitalisierung bei unserer Verwaltung zu Kosteneinsparungen

führen; im Gegenteil, eine Verzögerung dieser Projekte wird eher zu Mehrkosten führen, und dazu, dass der Kanton Luzern einmal mehr abgehängt wird. Das Gleiche gilt für den Datenschutz: Wenn wir dort nicht genug Geld und Ressourcen investieren, wird das langfristig kein Geld einsparen – gerade in Zeiten von M365. Je weniger der Datenschutz hinschauen kann, desto mehr potenzielle Skandale oder Datenleaks entstehen, und schlussendlich zusätzliche Kosten für die Verwaltung. Zweitens, eine wirtschaftspolitische Einordnung: Wir haben schon vielfach gehört, dass der Kanton Luzern 2025 keine Schulden mehr hat, wir häufen ein Vermögen an. Wir können es uns scheinbar leisten, zum wiederholten Mal Steuern zu senken. Wir machen jährliche Überschüsse, auch im Jahr 2025 wird es ein Überschuss von 250 Millionen Franken, statt einem budgetiertem Minus von 24 Millionen Franken. Die knapp 20 Millionen Franken, die wir dieses Jahr reduzieren, sind dagegen ein Klacks – und nachhaltig sind sie nicht. Um die finanzpolitische Verantwortung, wie sie heute staatsmännisch und -frauisch behauptet haben, kann es also nicht gegangen sein. Die Begründung für diese Übung muss man an einem anderen Ort suchen: Markus Bucher hat es gut gesagt. Ich glaube, es geht vielmehr um den Grundsatz, dass man einfach nicht will, dass der böse Staat zu gross wird. Man will der Regierung einen Denkmalsstein verpassen, das Schreckgespenst einer angeblich stark steigenden Staatsquote wird an die Wand gemalt. Schauen wir uns die Zahlen an, und vergleichen die sogenannte Staatsquote des Kantons Luzern schweizweit, kann ich diese Sorge überhaupt nicht verstehen. Gemäss einer Studie von Avenir Suisse lag die Staatsquote des Kantons Luzern im Jahr 2017 mit knapp 20 Prozent sowohl unter dem Median der Schweizer Kantone (21 Prozent) und auch deutlich unter dem Wert von 2009 – damals lag sie im Kanton Luzern bei 23 Prozent. Das waren Sparjahre, aber wir hatten eine sinkende Staatsquote von 23 auf 20 Prozent. Generell ist die Staatsquote in den Kantonen und auch beim Kanton sehr stabil. Die Staatsquoten in der Schweiz sind historisch sowieso sehr tief und haben sich kaum verändert. Auch im Jahr 2022, den aktuellsten Zahlen, lag die Staatsquote des Kantons noch deutlich tiefer als in Vergleichskantonen. Im Kanton Uri ist der Aufwand des Kantons im Vergleich zum BIP fast doppelt so hoch. Natürlich, in den letzten Jahren mag das Wachstum überdurchschnittlich gewesen sein – aber das Niveau, auf dem das Wachstum stattfindet, ist sowohl im historischen als auch im kantonalen und im internationalen Vergleich sehr niedrig. Das ständig bewirtschaftete Framing eines Staates, der sich jetzt massiv aufbläht, ist nicht nur falsch, sondern auch respektlos gegenüber den Menschen, die für den Kanton Luzern zur Umsetzung unserer Leistungsaufträge arbeiten. Drittens, zum Verlauf der Debatte: Sie haben, in diversen Bereichen Kürzungen – oder Reduktionen – beschlossen. Für mich gehört es zur demokratischen Kultur, diese Beschlüsse nicht nur in den Kommissionen, sondern auch in der Öffentlichkeit zu erklären und zu verteidigen, sich der inhaltlichen Kritik zu stellen. Ich finde es schade, dass Sie in der Detailberatung bei zahlreichen Anträgen geschwiegen haben. Es reicht nicht aus, im Eintreten einfach zu sagen: Antrag 1, 2, 7 und 19, das Budget ist so, nächstes Jahr ist es 4 Prozent höher, das ist uns zu viel, deshalb kürzen wir. Stellen Sie sich der inhaltlichen Kritik, zeigen Sie auf, warum Sie diese Kürzungen unterstützen können. Ich wünsche mir für zukünftige Debatten, dass wir das alle beherzigen. Eine Erwiderung an zwei Vorredner: Rolf Bossart hat gesagt, wir könnten nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Im Kanton Luzern war die Realität in den letzten Jahren das Gegenteil. Wir haben jedes Jahr in der Rechnung deutlich mehr eingenommen als ausgegeben. Wir erzielten jährliche Überschüsse von 200 Millionen Franken und haben ein massives Vermögen angebaut. Ich weiss, die Bürgerlichen sind stolz auf die Aussage, nicht mehr auszugeben als einzunehmen. Die Realität ist aber eine komplett andere und wird auch nächstes Jahr wieder eine andere sein. An die Adresse der Mitte: Uns wurde vorgeworfen, dass wir nur motzen würden und mit

keinem Budget zufrieden wären. Doch, ein solches Budget hätte es gegeben, nämlich der Vorschlag der Regierung. Ich sage nicht, dass wir dieses Budget perfekt fanden, auch dort hätten wir Verbesserungspotenzial gesehen. Aber wir hätten dem Budgetvorschlag der Regierung zustimmen können. Ich finde es lustig, dass wir die angeblichen Motzer sind. In der Oktober-Session kam das Motzen vor allem von Ihrer Seite. Ich komme zum Schluss: Wir Grüne haben uns in dieser Debatte mit zahlreichen Anträgen gegen Kürzungen gewehrt – leider erfolglos. Sie wollen beim Klimafonds, bei der Bildung, bei der Digitalisierung und bei den Gemeinden sparen. Das können wir nicht unterstützen, das ist nicht unser Budget. Wir Grüne werden den Voranschlag ablehnen.

Für die GLP-Fraktion spricht Mario Cozzio.

Mario Cozzio: Nach dieser Debatte drängt sich ein Fazit auf, das man kaum schönreden kann: Wir haben viel Zeit investiert, fast drei Tage – aber erstaunlich wenig erreicht. Die gesamte Diskussion hat gezeigt, dass diese Extrarunde vor allem eines war: Teuer, aufwendig und unter dem Strich politisch wirkungslos. Und das, geschätzte Damen und Herren, war von Beginn an absehbar: Genau so hat es sich im Oktober angekündigt, als der schwammig formulierte Rückweisungsentscheid gefällt wurde. Wir haben damals gehört, was alles nicht reduziert werden dürfe und politisch gewollt sei. Der Rückweisungsauftrag der drei Regierungsparteien FDP, Mitte und SVP war so vage formuliert, dass selbst die Urheberinnen und Urheber ihn unterschiedlich interpretiert haben. Und wenn diejenigen, die das Steuer in der Hand halten, nicht wissen, in welche Richtung sie lenken wollen – ja, dann steuert das Schiff auch nirgendwohin. Die GLP hat schon im Oktober darauf hingewiesen, dass dieser Auftrag inhaltlich löchrig war. Geschützte Bereiche auflisten, hier bewusst ausnehmen, dort bewusst nicht präzisieren – das ist keine Führung, sondern politisches Lavieren. Und genau dieses Lavieren hat uns heute eingeholt. Wir stehen nach 40 Tagen Fastenzeit mit einem Budget da, das vor allem eines ist: ein Jo-Jo-Effekt in Papierform. Wir haben nichts entschlackt, sondern bloss verzögert. Wir haben nichts strukturell verbessert, sondern lediglich verschoben. Wir haben keine Prioritäten gesetzt, sondern nur die Uhr weitergedreht. Die Regierung hat uns offen kommuniziert, dass viele Reduktionen einzig durch Verzögerungen und Verschiebungen erreicht wurden. Dass Einstellungen aufgeschoben wurden und Überstunden steigen werden – und diese irgendwann kompensiert oder bezahlt werden müssen. Kurz: Wir sparen heute in der Hoffnung, dass es morgen niemand merkt. Das ist aber nicht Kostenwachstumsbremsung – das ist Schönwetterpolitik ohne Substanz. Die 0,6 Prozentpunkte Dämpfung, die hier immer wieder als Erfolg präsentiert werden, halten keiner ehrlichen Analyse stand. Es sind keine echten Einsparungen. Keine Reduktionen im Leistungsumfang. Keine strukturellen Anpassungen. Es sind Zufallsgewinne aus aktualisierten Prognosen. Es ist eine Art Buchhaltungsglück, das man nicht als politische Leistung verkaufen sollte. Und ja, ich sage es bewusst deutlich: Die drei rechten Regierungsparteien haben sich aus der Verantwortung gezogen. Sie hätten das Heft in der Hand gehabt – haben es aber weggelegt. Mit einer deutlichen Mehrheit in Regierung und Parlament wäre es an Ihnen gewesen, klarere Aufträge zu erteilen. Stattdessen wurde ein Auftrag ohne Fleisch am Knochen vergeben und damit die Verwaltung in die Pflicht genommen, die man gleichzeitig an politisch heikle Stellen nicht heranliess. Das ist nicht mutig. Das ist nicht effizient. Das ist nicht nachhaltig. Wir haben gesehen, was das verursacht: 40 Tage intensive Arbeit für minimale Resultate und ein Ratsbetrieb, der sich mit Interpretationsfragen beschäftigt, statt mit politischer Richtungsweisung. Wenn wir das Kostenwachstum tatsächlich nachhaltig bremsen wollen, dann müssen wir ehrlich sein: Wir müssen Leistungen abbauen – klar, nachvollziehbar und im Bewusstsein, dass das schmerzhaft sein kann. Dann müssen wir Farbe bekennen. Dann müssen wir den Mut aufbringen zu sagen: Darauf verzichten wir. Alles

andere ist ein Weiterreichen der heissen Kartoffel an die Regierung oder ein koordinationsloses «Wischwaschi». Etwa so, wie es Eliane Graber zu unserem Antrag zur Bildung sehr exemplarisch und entlarvend gesagt hat: Sie prüfen, ob sie prüfen wollen. Ich glaube, das sagt alles. Trotz all dieser Mängel und der absolut berechtigten Kritik, die ich angebracht habe: Wir Grünliberalen übernehmen Verantwortung und wollen keinen budgetlosen Zustand. Mit unseren Anträgen zu zusätzlichen Kürzungen im JSD sowie einer Erhöhung beim Datenschutz, wo der gesetzliche Auftrag offensichtlich nicht einmal im Ansatz erfüllt werden kann, setzten wir da an, wo effektiv optimiert hätte werden können. Wir Grünliberalen stehen für eine Finanzpolitik, die kommenden Generationen keine Schuldenberge hinterlässt – weder ökologisch noch finanziell. Mit der nun hoffentlich abgeschlossenen Übung sind wir diesem Ziel leider keinen einzigen Schritt nähergekommen. Im Gegenteil: Wir haben heute Zeit verloren, ohne irgendwelche Erkenntnisse zu gewinnen. Ich hoffe, dass wir aus dieser Extrarunde wenigstens eines lernen: Verantwortung delegiert man nicht. Verantwortung übernimmt man. Und wer politisch führen will, muss bereit sein, klare Entscheidungen zu treffen – und nicht nur unklare Erwartungen an andere zu stellen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2026 des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 85 zu 30 Stimmen zu.